

Deutschlands und Europas Weg
in ein neues Tal der Tränen
oder
zu einem gemeinsamen
Hoch der Entwicklung

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Text 150.1

Mein Umgang mit Kritik und Ergänzungen
zum Haupttext 150 vom 3. 10. 2017

Am 27. Oktober 2017 abgeschlossen.

Link zum Ausgangs-Text 150

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/150.Deutschlands%20und%20Europas%20Weg.TA.Oktober%202017.pdf>

Text 150.2

Thesen zu unserer politischen und ökonomischen Lage als Kernaussagen von Text 150 und 150.1

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/150.2.Thesen.zum.Weg.Deutschlands.und.Europa.pdf>

Inhaltsangaben

	Seite
Die Selbstkritik von Wilhelm Busch	3
Die Kritik und mein Umgang damit.....	3
Nachricht über den Tod von Helmut Creutz	7
Zuschriften	8
Über die Wirksamkeit meiner Bemühungen	11
<u>Ergänzungen I</u> (Vergangenheit) mit Hilfe von Sebastian Haffner	13
„Die Sieben Todsünden des Deutschen Reiches im 1. Weltkrieg“	15
„Überlegungen eines Wechselwählers“	21
„Anmerkungen zu Hitler“	29
<u>Ergänzungen II</u> (Gegenwart)	36
Die zehn Dinge, die eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und Grüne regeln muss	36
1. Die eigenen Klimaziele einhalten	38
2. Die Spaltung Europas überwinden	43
3. Die Einwanderung neu regeln	45
4. Eine Steuerreform auf den Weg bringen	48
5. Die Wirtschaft wettbewerbsfähig halten	50
6. Den Pflegenotstand abwenden	55
7. Kriminalität und Terror bekämpfen	55
8. Das Bildungssystem leistungsfähiger machen	56
9. Bezahlbaren Wohnraum schaffen	60
10. Krankenkassen reformieren	60

Kritik

Vorweg die **Kritik des Herzens von Wilhelm Busch**, eine Form der Kritik, die ich hier nicht für mich in Anspruch nehmen will, die sich aber gut liest.

Die Selbstkritik hat viel für sich.
Gesetzt den Fall, ich tadle mich,
So hab' ich erstens den Gewinn,
Daß ich so hübsch bescheiden bin;

Zum zweiten denken sich die Leut,
Der Mann ist lauter Redlichkeit;
Auch schnapp' ich drittens diesen Bissen
Vorweg den andern Kritiküssen;

Und viertens hoff' ich außerdem
Auf Widerspruch, der mir genehm.
So kommt es denn zuletzt heraus,
Daß ich ein ganz famoses Haus.

Der erste und nachdrücklichste Kritiker der Form meines Textes 150 war mein zweitjüngster Sohn, der wissenschaftliche und journalistische Darstellungsformen gelernt hat. Seine Kritik lautete: Zu lange Sätze, zu verschachtelt, Ablenkung von den Hauptaussagen durch Nebenbemerkungen, keine scharfe Trennung von der Systemkritik der Politik und der Ökonomie. Ich habe ihm alle Kritikpunkte zugestanden, konnte ihm aber nicht vermitteln, dass ich kurz nach der Fertigstellung des Textes nicht in der Lage war, diesen (auch mit seiner Hilfe) zu überarbeiten. Der Rat kam mir so vor, wie einen Befehl an die Feuerwehr nach dem Einsatzsignal, erst das Löschfahrzeug auf Hochglanz zu bringen. Ein weiterer Hinderungsgrund für eine Überarbeitung war, die Erschöpfung nach einer emotionalen Anstrengung. Das Argumentieren gegen den Strich aller politischen Denkrichtungen ist auch eine emotionale Anstrengung, die nach einer Pause drängt. Eine formale Überarbeitung hätte auch eine inhaltliche Diskussion zwischen Vater und Sohn ausgelöst, zu der ich zu dem Zeitpunkt nicht fähig war. Eine neutrale Redaktion steht mir als Einzelwirker nicht zur Verfügung. Und eine lange Überarbeitungszeit hätte in mir der Stimme mehr Gewicht gegeben, die sowieso sagt, dass diese meine Bemühungen keinen oder keinen großen Sinn haben. Denn unsere heutige politische Vertretung würde unsere Republik genauso gegen die Wand fahren, als jene Demokraten in der Weimarer Republik, sagt diese Stimme. Wenn man dem eigenen Zweifel nicht unterliegen will, darf man der Form nicht allzu viel Gewicht geben, weil man sonst eventuell den seltenen Fall verpasst, wo eine Einzelstimme Einfluss auf den Chorgesang der

großen Zahl der Sänger ausüben kann. Der Versuch, aktuell zu sein, hat mich auch verleitet, den Text weiterzureichen und ins Netz zu stellen, bevor ich die letzte Korrektur der Tipp- und Schreibfehler eingeben konnte. Diese Ungeduld, die sich da in mir gezeigt hat, ist aber wohl weniger durch ein eitles Motiv begründet, als vielmehr in dem Bemuhlen, eine Last loszuwerden. Man denke dabei an ein schweres Stück Möbel, das man über eine Treppe in den 4. Stock hoch schleppt und froh ist, dass man durchgehalten hat und oben angekommen, einen Platz findet, wo man die Last abstellen kann – auch wenn es das falsche Zimmer ist. Grimmig habe ich auch schon gedacht, dass ich den Lesern, die nichts von meiner Botschaft verstehen, die Genugtuung gönnen muss, ihr mangelndes inhaltliches Verständnis durch ein gutes Verständnis der Rechtschreibung zu kompensieren und ihnen dadurch, dass sie meine Schreibfehler entdecken, das Gefühl der Überlegenheit zu geben.

Die Titelseite meines Textes 150 drückt meine Unsicherheit aus, wie ich meinen Text denn benennen sollte. Der Begriff *Denkschrift* verweist auf Zusammenhänge, die die Adressaten bei ihren Vorhaben bedenken sollen. Dass die Gefahr von der politischen Mitte ausgeht, ist damit begründet, dass sie in der Regel die größere Gestaltungsmacht hat, und zwar so lange, bis sie diese durch Fehlentscheidungen an eine Gruppe mit Extrempositionen abgeben muss. Das *Jahrtausendhoch* ist zu bombastisch geraten. Ein bescheidenes *Hoch* klange glaubwürdiger. Zu der Wahl von *Jahrtausendhoch* ist es gekommen, weil ich kurz vor der Formulierung einen weiteren Beitrag im Netz über das hohe Mittelalter gelesen hatte, aus dem wieder hervorging, dass es eine Zeit in Europa gab, wo über Jahrhunderte eine Wirtschaft vorzufinden war, die kurze Arbeitszeit bei allgemeinem Wohlstand garantierte. Es ist mehr als ein Argeris, dass die Wissenschaftspolitik zwar Forschungsmittel in der Entdeckung schwarzer Löcher verpulvern lässt, aber Forschungen, die den Deutschen und allen Völkern großen Nutzen stiften würde, überhaupt nicht im Blickfeld haben. Mein Versuch, Aufmerksamkeit für diesen Wissensbereich zu erzeugen und damit aus dem Bereich der Spekulationen zu führen, ist gescheitert. Da ich den Hintergrund der Wahl des Titel-Teils nicht im Text verdeutlicht habe, war die Wahl falsch. Zu diesem Thema finden sich folgende Dateien auf meiner Homepage:

- 133.0  [**800 Jahre Neustadt am Rübenberge**](#)
[**War die Gründung eine Wirkung der Brakteaten?**](#)
„Die Brakteaten“, ein Text geschrieben im Dezember 1979
als Impulspapier für die Suche nach der Antwort auf die Frage
im Titel im Jahr 2015.

- Mit einem aktuellen Vorspann ins Netz gestellt im Dezember 2014
Von Tristan Abromeit (5 + 14 Seiten / 599 KB)
- 133.1  **Brakteaten - Einschätzung und Umgang**
a) Über den Umgang mit einem wichtigen aber schwierigem Thema
Ein Brief an Werner Onken vom Archiv für Geld- und Bodenreform
b) Einschätzung der Bedeutung der Brakteaten für heute
Stellungnahme / Gegenwartsbezüge
mit Zitaten aus: Das Geld in der Geschichte von K. Walker
Februar 2015 (24 Seiten / 290 KB)
- 133.2  **Quellen zum Thema Ökonomie in der Zeit der Brakteaten**
Auszüge / Texte / Links
Februar 2015 (77 Seiten / 2734 KB)
- 133.2.1  **Das Hochmittelalters – ein Geschenk des Geldwesens**
Von Hans Weitkamp, 2. Auflage 1988
(112 + 2 Seiten / 2468 KB)
- 133.2.2  **Gelddenken beherrscht die Zeit**
Auszüge aus: Handelsfürsten der Renaissance
Von Horst Wagenführ, 1957
(18 Seiten / 386 KB)
- 133.3  **Beiträge zum Thema Umlaufsicherung des Geldes in der Gegenwart**
von: Eckhard Behrens Felix Fuders und Dirk Löhr / Dez.2014 u.2007
(8 Seiten / 323 KB)

Ich habe in dem Text 150 zum Ausdruck gebracht, dass ich auf dem Hintergrund der Freiwirtschaftsschule argumentiere. Diese Schule, die der Marktwirtschaft zum runden Lauf verhelfen will, wird belächelt, verspottet, verleugnet und verleumdet. Es fehlt ihr an Mitwirkern und Mitteln und nicht alle, die für diese Ökonomie-Schule den Mund aufmachen oder die Schriftsprache benutzen, sind eine wirkliche Hilfe. Um die Bemühungen mit dieser Schule nicht zu gefährden, ist man sehr auf Solidität der Texte und auf politische Neutralität bedacht und bemüht sich, auch als Schiff mit guter Fracht im Mainstream der gesellschaftlichen und ökonomischen Theorien wahrgenommen zu werden. Die Ignoranz der Wissenschaften gegenüber der Freiwirtschaftsschule hat dazu geführt, dass zeitweise die Freiwirtschaft von Einzelnen auch mit einer sektiererischen Haltung verteidigt wurde, die sie als ihr Lebensthema entdeckt hatten. Hinzu kommt die politische Verleumdung dieser Schule, die von sachlicher Unkenntnis strotzt. Wer also den Nutzen der Freiwirtschaftsschule für den einzelnen Menschen, für unsere Gesellschaft und für die Weltgemeinschaft erkannt hat und daher diese Schule fördern will, bemüht sich in der Regel um eine solide Darstellung seines Anliegens und um die Vermeidung strittiger politischer Themen, die dem Transport dieses Wissens in die Öffentlichkeit schaden könnten.

Das Bemühen der Freiwirtschaftsschule, der Natürlichen Wirtschaftsordnung¹ um eine solide Darstellung ihrer Inhalte und die Vermeidung politischer Klippen, auf der man auflaufen könnte, erweckt dann den Eindruck, dass ihre Vertreter lieber, „anständig“ untergehen als „unanständig“ Aufmerksamkeit zu erzeugen. Soweit das tatsächlich zutrifft, ist es verständlich, wenn man einige Lebensläufe oder Biographien² von Freiwirten kennt. Unter dem Druck der ökonomisch-politischen Entwicklung am Ende der Weimarer Republik spalteten sich alle idealistischen Vereinigungen in NSDAP-gegner und -befürworter.³ Die einen ließen sich zusammenschlagen, weil sie dagegen waren und die anderen marschierten mit, weil sie eine Chance sahen, das herrschende Elend zu überwinden. Aber bei jenen, die sich vorher vergeblich in den demokratischen Parteien abgestrampelt hatten und anfangs eine Chance in der neuen Partei sahen, hat es offensichtlich schon die Einsicht in die Gefährlichkeit Hitlers gegeben, denn sie veranstalteten eine öffentliche Versammlung zum Thema „Ins Dritte Reich ohne Hitler!“ und wurden dafür von einem Räumkommando verprügelt.⁴ Die solide, politische Konfliktfelder umschiffende Darstellung und die Reduzierung der Freiwirtschaft auf die (wichtigen) Geld- und Bodenreformen haben aber dazu geführt, der Lehre der Freiwirtschaft etwas Steriles oder einen technischen Anschein zu verleihen, für den die Menschen sich nicht erwärmen können, weil ihre politische, gesellschaftliche Kreativität nicht angespornt und ihr Herz davon nicht berührt wird. Die Freiwirtschaft ist aber wie ein Bernstein, dessen dauerhafte Einschlüsse erst durch den Schliff und die Politur sichtbar werden. Ich denke, das Schleifmittel für den **Bernstein Freiwirtschaft** ist die Auseinandersetzung mit der Wissenschaft und der Politik. Die solide Darstellung mag dann das Poliermittel sein. Die Reihenfolge lässt sich aber nicht umkehren. Das ist aber keine Empfehlung, die Freiwirtschaft zum Programm für eine Partei zu machen, denn das wäre eine neue Falle, weil dann automatisch die konkurrierenden Parteien dagegen wären. Der Weg kann nur über die Aufklärung gehen, die von einer politischen Diskussion befördert wird und die Wirkungen und

1 Die Begriffe werden als Synonyme verwendet, sind aber Unterbegriffe von Marktwirtschaft bzw. Verkehrswirtschaft. Sie umfassen im engen Sinn eine Geld- und Bodenreform, im weiteren Sinn eine gesellschaftliche Gesamtordnung, in der wirtschaftliche Pläne und der Leistungsaustausch über einen Markt koordiniert werden ohne einen Tribut an das Kapital zu zahlen. Vermutlich ist es das, was sich Franz Oppenheimer unter dem Begriff *Gesellschaft der Freien* vorstellte.

2 Ich habe gerade „**Mariannes Vermächtnis oder wie mir meine Mutter die Freiwirtschaft vererbte**“ von **Wera Wendnagel** gelesen. http://shop.humane-wirtschaft.de/produkt_wendnagel_mariannes_vermaechtnis

3 So der Faschismusforscher Arno Klönne

4 Man kann ja die heute politisch aktiven Menschen nicht einfach in die Zeit vom Untergang der Weimarer Republik zurückversetzen. Ich schätze aber, dass unabhängig von der Parteizugehörigkeit von den heutigen politischen Aktiven wenigstens $\frac{3}{4}$ bei der NSDAP mitmarschiert wären. Zwar gibt es immer und überall Mitläufertum, das ist aber nicht der Grund. Dieser liegt darin, dass der politisch denkende Mensch dazu neigt, sich dort zu organisieren, wo er glaubt, etwas in seinem Sinne bewegen zu können. Solche Entscheidungen sind nie ohne Risiko, besonders wenn man daran denkt, wie viele Menschenleben die Politik nach dem Zweiten Weltkrieg gekostet hat.

Gestaltungsmöglichkeiten dieser Schule zum Gegenstand des politischen Wettbewerbs macht. Ihre politische Gestaltungskraft – die in sich die Merkmale der Freiheit und Gerechtigkeit trägt – wird aber nur sichtbar, wenn man ihre Wirkungen in allen Politikfeldern vor-
ausschauend aufzeichnet.

Ich komme zu diesen Betrachtungen, weil ich auf meine Zusendung vom Text 150 noch keine Antwort aus dem Umfeld der Freunde der Freiwirtschaft erhalten habe. Ich darf mir jetzt als Erklärung aussuchen: „Sie sind anderweitig ausgelastet!“, „Sie haben meine Zusendung nicht erhalten!“ oder „Sie sind peinlich berührt, haben aber nicht den Mumm, mir das auch zu sagen.“ Die Sorge um die richtige Aufbewahrung des Juwels Freiwirtschaft kann auch zu ihrem Museum werden und ihr das Heutige und Morgige nehmen. Ein Grund, dass ich keiner Vereinigung mehr angehöre, die sich zu dem Thema Freiwirtschaft gebildet haben, ist auch, dass ich ohne Rücksicht auf die Ängstlichen, die sich ständig Sorgen um den Ruf der Freiwirtschaftsschule machen, offen, unverkrampft und besonders ohne Rücksicht auf die Antifa argumentieren will.

Zwischendurch erhielt ich die Nachricht, dass der Mitwirker an den Grundlagen einer Marktwirtschaft ohne Kapitalismus, **Helmut Creutz** – den ich berechtigt meinen Freund nennen darf – am 10. Oktober 2017 im Alter von 94 Jahren gestorben ist.⁵ Jetzt kam die offizielle Todesnachricht, die mit folgendem Gedicht vom Verstorbenen geschmückt ist:

Woher - wohin

Ich bin in der Welt
in endloser Kette
des Lebens und Sterbens
kaum mehr als ein Stein

Und trotzdem vermag ich
die Kette zu formen
und gehe damit
in die Ewigkeit ein

Vielleicht kann der Mensch
die Welt einst begreifen
das Kommen und Gehen
Woher und Wohin

Bis dahin kann ich nur

5 Sein bekanntestes Buch wurde „Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“. Seine Homepage ist zu erreichen unter www.helmut-Creutz.de. Nachruf: <http://www.aachener-nachrichten.de/lokales/aachen/aachener-querdenker-helmut-creutz-ist-im-alter-von-94-jahren-gestorben-1.1740303>

versuchen zu reifen
im Werden zu finden
das Sein und den Sinn

So kann in der Welt
ich mein Leben vollenden
Der mündige Mensch braucht
kein Jenseits als Flucht

Nur dann wird zum Guten
die Zukunft sich wenden
wenn man schon im Diesseits
die Ewigkeit sucht

Helmut Creutz

Ein Freund aus anderen Zusammenhängen schrieb mir u.a.:

Lieber Tristan, bis in das 3. Kapitel bin ich vorgedrungen. Der Text ist schwer und braucht Zeit, aber faszinierend. ...

...Wer hätte je gedacht, dass die CDU/CSU eine Frau präsentiert, die eine Soft-DDR einführen will? Ich glaube, es ist alles zu spät, der Dammbbruch ist nicht mehr zu schließen. Wir werden, um die Verluste hinzunehmen, die Ausrufung einer neuen Heiligen erleben, die Mutter Therese in den Schatten stellt. ...

... Ich prophezeie Dir jedoch, die Denkschriften werden zu einem Trottel in den unteren Partei- und Ministeriums-Ebenen geleitet, der sie nicht versteht und das auch nicht will, und als "nicht hilfreich" ablegt. Wer denkt da nicht an Cassandra? ...

... Ich kenne Deine langfristigen Konzepte der Ideendarstellung nicht, wirksam für breite Aufmerksamkeit ist sicher Prägnanz und Kürze, in der die wichtigsten Thesen zusammengefasst und parallel veröffentlicht werden können.

Der Weg meiner Denkschrift zu den Trotteln, die den Stempel „nicht hilfreich“ zur Hand haben, ist der wahrscheinliche.⁶ Das Verfahren ist mir durch meine Offenen Briefen „Agenda Niedersachsen 2001“ I + II⁷ (und Anhänge) an den damaligen Ministerpräsidenten Gerhard Glogowski und den Niedersächsischen Landtag bekannt. Immerhin hat sich so ein „Trottel“ dafür bedankt, dass er mit meinen Texten so etwas wie einen ideengeschichtlichen Rückblick der BRD erhalten habe. Ich setze sowieso auf Leute in der zweiten und dritten Reihe (auch bei den Zeitungen), die Hunger auf Nahrung haben, die noch nicht x-mal wiedergekaut wurde und noch nicht da durch in ihrem Denken behindert sind, dass sie „Politik

⁶ Und wurde im Fall der CDU-Fraktion im Bundestag auch schon bestätigt.

⁷ <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/18.1%20Agenda%20N%201%20MP%20Glogowski%20Hauptteil.pdf>
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.0%20Inhaltsuebersicht%20OB%20Lt%20II.pdf>

machen“ müssen.⁸

In meinem Alter ist es vermessen langfristige Konzepte zu entwickeln. Ich bin auch nur einer von vielen Fackelträgern. Ich kann nur hoffen, dass ich die Flamme übergeben habe, bevor meine Beine mich nicht mehr tragen. Ein noch anderer Freund schrieb mir:

Zusammen könnten wir vieles bewegen! Z. B. Kunst und Politik, vorausgesetzt Du wärst noch „Um die Ecke“ zu Haus, dann hätte ich auch Motivation Nr. 66 zu verlassen – mit Rollstuhl – um Dich zu besuchen!

Es ist ein schöner Gedanke, wenn Freunde aus der Vergangenheit, die inhaltlich und räumlich verschiedene Wege gegangen sind, sich in der Nachbarschaft wieder treffen, über alte Zeiten und verpasste Chancen austauschen können. Aber Planungen für die Zukunft hätten doch schon etwas Irreales, da für beide schon die Zeit gekommen ist, wo sie im Sarg ein Probeliegen veranstalten könnten.

In den Zeilen stecken aber neben der Aussage a) auch die von b) an die der Absender mit großer Wahrscheinlichkeit gar nicht gedacht hat, weil sie nicht in der Intention seines Gedankens lag. Ich erlaute: a) In der Politik und auch in der Wirtschaft erzielt der Mensch einen Vorteil, wenn er mit einem anderen Menschen kooperiert, weil er dann mehr erreichen kann, als wenn er alleine agiert. Das stimmt, und zwar auch dann, wenn die Akteure jeweils in einer Mehrzahl auftreten. Und es besteht in der Regel ein Zwang zur Kooperation, wenn ein Prozess oder ein Projekt erfolgreich gestartet werden soll, weil ein Einzelner damit überfordert wäre. b) Es besteht aber durch die Kooperation auch eine Gefahr. Wer sich für das gemeinsame Projekt völlig verausgibt, riskiert, dass dabei das eigene Anliegen, was ihn ursprünglich zum Handeln motiviert hat, verloren geht. So ist es z. B. den freiwirtschaftlichen Gründern der grünen Partei ergangen und vor langer Zeit auch den Gründern der Aktionsgemeinschaft *Soziale Marktwirtschaft*. Meistens liegt es daran, dass die Kräfte der Kooperationspartner ungleich verteilt sind. Die Stärke des Zusammenschlusses von Menschen wurde uns Schulkindern im Krieg mit Ruten-Beispiel vermittelt: Eine Rute bricht man leicht durch. Ein Bündel von Ruten ist unzerbrechlich. Neulich wurde im Fernsehen ein Film über die Freundschaft zweier Jungen gezeigt, die an der innerdeutschen Grenze zerbrach. Danach wurde auch den Schülern in der DDR das Ruten-Beispiel zur Demonstration der Stärke durch den Gruppenzusammenhalt vermittelt. Aber kein Mensch sollte sich von einem Ruten-

⁸ Positiv formuliert: ... die noch nicht durch Überlastung an der Aufnahme anderer oder neuer Gedanken gehindert sind. Es ist auch zu bedenken, dass die Politik bei uns so organisiert ist, dass sie ständig im Überlast-Modus fährt. Extra Hinweise oder Anliegen der Bürger sind dann nur ein Störfaktor.

bündel (von einer Gruppe) ganz vereinnahmen lassen, ein Rest an Distanz ist immer notwendig, um selber nicht verloren zu gehen und die Kontrolle über das gemeinsame Tun zu behalten. Denn Achtung! Auch im Begriff Faschismus findet sich das Rutenbündel. Der verstorbene Anarchist und freigestellte Betriebsrat, Uwe Timm ⁹, schreibt in seiner Arbeit „Was ist eigentlich Faschismus?“ (1997)

Beantworten wir zunächst die Frage nach der Herkunft und der eigentlichen Bedeutung des Begriffes "Faschismus". Der frühere Sozialist Benito Mussolini (1883-1945) begründete 1919 seine Bewegung "Fasci di combattimento", benannt nach dem altrömischen Staats- und Herrschaftssymbol der fasces (das sind Rutenbündel mit einem Beil in der Mitte), das in historisierender Absicht die "großen Zeiten" der Geschichte, die "Tugenden" der alten res publica Romana und die Macht des Imperium Romanum beschwören sollte.

Uwe Timm hält die Anwendung des Begriffs *Faschismus* auf den Nationalsozialismus für falsch. Interessant sind auch die Ausführungen zum Begriff *Faschismus* in einer Lehrunterlage der Fernuniversität in Hagen von Detlev Piecha ¹⁰. Er schreibt u.a.:

Kaum ein anderer Begriff wird so wie der Begriff "Faschismus" als ein affektiv aufgeladener Kampfbegriff benützt, dessen Gebrauch rituell eine Gegenhaltung zu dem mit ihm Belegten hervorrufen soll und offensichtlich auch hervorrufft.

Das Wort "Faschismus" fungiert vielfach nur noch als Symbol des schlechthin Bösen, trifft aber eigentlich "nichts", weil es keinen Inhalt mehr besitzt, sondern in seiner Funktion aufgeht, die darin zu bestehen scheint, eine Reflexion auf das Geschehene auszuschließen und letztlich das Zustandekommen eines Diskurses über das Phänomen "Faschismus" und sein Wesen tabuisierend unmöglich zu machen, weil die "Sache" klar zu sein scheint.

Nach meiner Einschätzung haben auch Mitglieder aller politischen Lager den Begriff Faschismus neben dem des Antisemitismus benutzt, um jeweils Andersdenkende in das politische Aus zu manövrieren und eine offene Diskussion über die dahinterstehenden Probleme zu verhindern. Wenn ich vom Faschismus in der Bildungspolitik unserer Republik spreche, dann im Hinblick auf die Unterordnung des Denkens des Individuums unter das von der Politik (Rutenbündel) definierte *Richtige*. Dabei ist das Richtige letztlich doch der Herrschaftsanspruch eines Einzelnen oder einer Minderheit, sei es eines Autokraten, einer Mehrheit oder einer Partei. Daher: Unsere Parteien haben einen faschistischen Zug, weil alle die Herrschaft über die Inhalte in den Köpfen der Bürger anstreben. Nebenbei sollen die, die gerne die Begriffe faschistisch und Faschismus als Kampfmittel benutzen, durchaus mal

⁹ [https://de.wikipedia.org/wiki/Uwe_Timm_\(Schriftsteller,_1932\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Uwe_Timm_(Schriftsteller,_1932))

¹⁰ „Irrationalismus / Nihilismus zum ideologischen Kontext nationalsozialistischer Pädagogik“, Autor: Detlev Piecha, 1981, S. 241.

merken, wie das wirkt, wenn der Begriff auf sie angewendet wird.

Ich komme nochmals auf die Einschätzung der Wirksamkeit meiner Bemühungen. Wenn ich meine Jahrzehnte dauernde Erfahrungen und die der Freiwirtschaftsschule seit Anfang des 20. Jahrhunderts zugrunde lege, dann können sie nicht verhindern, dass unsere Gesellschaft oder die Gesellschaften Europas wieder in eine Katastrophe landen, wie sie im vorigen Jahrhundert geschehen sind. Da die Unwirksamkeit meiner Bemühungen (und die der Gleichgesinnten) aber nicht beweisbar ist, entlasse ich meine Überlegungen – in einer Form wie sie mir möglich ist – aus meinem Kopf, damit sie von anderen empfangsbereiter Köpfen geprüft und bei positiver Bewertung weiter getragen werden können. Auf politischer Ebene ist es leider so, dass unsere Parteien weder einzeln noch gemeinsam prüfen können: „Woher kommen wir?“ „Wo sind wir gelandet?“ „Wohin wollen wir eigentlich?“ Die HAZ vom 18. Oktober titelt über die GRÜNEN nach den Wahlverlusten im Niedersächsischen Landtag: > **Erschöpft und orientierungslos** <, gestern lauteten Titel in der HAZ > „**Die CDU muss Problemlöser werden**“ < und > **Ab sofort kann Schulz aufräumen** <. Und heute wird die **FDP** von Unternehmerseite gemahnt, in Bezug auf Niedersachsen nicht **in eine Verweigerungshaltung** zu verharren.¹¹ Können die Grünen ihre Erschöpfung eigentlich überwinden, wenn sie schon vor langer Zeit das Reservoir für Hoffnungen entsorgt haben? Kann die CDU überhaupt ein Problemlöser werden, wenn sie nicht erkennt, dass sie selber ein Problemverursacher ist? Kann in der SPD-Vorsitzende überhaupt mit dem Aufräumen beginnen, wenn er nicht zu erkennen gibt, dass er zuerst in den Vorstellungen aufräumen muss, die seinen Kopf beherrschen? Hat die FDP in ihrer Bundestags-Pause sich wirklich erneuert oder nur einen unbekömmlichen alten Wein in neuen Schläuchen gefüllt? Ist die CDU in Niedersachsen wirklich besser im Bezug auf Marktwirtschaft und Freiheit messbar besser aufgestellt als die CDU, die sich bemüht in den verlöschten Strahlen von Ludwig Erhard zu sonnen? Aber Ludwig Erhard ist schon an der CDU gescheitert, als diese noch der ungekrönte König der BRD war.

Ich bedauere die Verhandlungsführer in den anstehenden Koalitionsverhandlungen. Sie können alle nur Bruchstücke ihrer Politik retten und diese Bruchstücke dürften nicht unbeteiligt an den heutigen Problemen sein. Die Zeichen der Zeit weisen auf die Notwendigkeit einer Inventur der Inhalte und Strukturen unserer Gesellschaft und auf die Neubestimmung ihres Weges in die Zukunft hin. Ich fürchte die Zeichen werden nicht verstanden oder man glaubt,

¹¹ Am 19.10.2017 lautet die Schlagzeile der HAZ auf der Titelseite: > „Großen Ärger in der Partei“<:
Hannovers FDP will die Ampel <

sie könnten ohne Risiko übersehen werden. Für eine Demokratie scheint mir nichts so gefährlich zu sein, wie die Einschränkung oder Unterdrückung von erforderlichen Reformen.

Am 19. 10. 2017 lautet eine Schlagzeile in der HAZ (S.4) „Gabriel will Außenpolitik weiter prägen“. Im Text heißt es dann:

Sigmar Gabriel (SPD) hat betont, dass er auch als geschäftsführender Außenminister weiter aktiv die internationale Politik gestalten will. „Pflichtbewusstsein gegenüber dem eigenen Land ist etwas, was man von jedem verantwortlichen Politiker erwarten darf“, sagte Gabriel am Mittwoch dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND), „und ich will meine Pflicht gewissenhaft erfüllen“. Gabriel betonte, er wolle für stabiles Regierungshandeln während der Koalitionsverhandlungen sorgen, dies sei auch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel abgesprochen. „Die geschäftsführende Bundesregierung kann nicht wegschauen bei all den internationalen Krisen“, sagte Gabriel.

Ich habe überlegt, ob ich für mich auch „Pflichtbewusstsein gegenüber dem eigenen Land“ reklamieren kann oder ob ich mich mit folgender Begründung für mein Streben begnügen muss: „Es ist die gekränkte Eitelkeit, die nicht akzeptieren kann, dass der Zug der Zeit an der eigenen Wahrnehmung und dem eigenen Denken vorbeifährt.“ Das ist aber nur eine Nebenbemerkung. Weiter unten ist im Bericht zu lesen:

Der neue SPD-Fraktionsgeschäftsführer Carsten Schneider kündigte an, die SPD-Minister würden sich ab sofort zurückhalten. Auch FDP-Chef Christian Lindner betonte gestern, dass in der Europapolitik keine Fakten mehr geschaffen werden sollten, solange die neue Regierung nicht im Amt sei.

Beide Teil-Nachrichten enthalten die Botschaft, dass die Flickschusterei bei der Regierungsbildung zurückgestellt werden kann zugunsten der gemeinsamen Klärung, was denn in unserer Parteien-Demokratie in den letzten Jahrzehnten falsch gelaufen ist und wie man denn unser Staatsschiff (und auch Europa) auf einen besseren Kurs bringen kann. Aber ist der Großmut, der zu so einem Vorhaben gehört, von den Verhandlungsführern, den Fraktionen und Parteien zu erwarten?

Ergänzung 1 (Vergangenheit)

Nachdem ich meinen Text 150 als E-Mail-Anhang an die Fraktionen im Bundestag und im Niedersächsischen Landtag und zusätzlich an ein paar Dutzend Personen außerhalb der Parlamente auf den Weg gebracht habe, hatte ich den Wunsch, dass das politische Denken aus meinem Kopf verschwinden möge, damit mehr Platz geschaffen wird, für angenehmere Überlegungen und für familiäre Tätigkeiten, die ich schon lange vor mir herschiebe, ohne dass ich weiß, wie viel Zeit ich noch dafür habe. Außerdem habe ich das Gefühl, dass mir jede Stunde sitzend (lesend, nachdenkend und schreibend) am PC einen halben Tag oder mehr meiner Rest-Lebenszeit kostet. Wozu das alles, wenn es vergeblich ist. Früher habe ich gedacht und mein Engagement gerechtfertigt mit der Überlegung, dass man die Familie, nicht in der Familie schützen kann, sondern nur an der politischen Front. Eine schöne Illusion, die von meinen Kindern und Frauen mit Entzug von Zeit und Zuwendung bezahlt wurde. Wenn ich mir heute sage, ich will helfen, die Gefahren, die in der Zukunft auf meine Enkel zukommen, zu mindern, dann glaube ich das selber nicht mehr. Es klingt auch so hohl wie die Aufrufe von honorigen Politikern an die Bürger, sie mögen sich doch bitte mehr für das Gemeinwohl engagieren. Dieses Engagement, was normalerweise ein Bestandteil des Menschen als soziales Wesen ist, benötigt unsere Gesellschaft im erhöhten Maßen, um den großen Murks der Politik etwas zu kompensieren. Aber die Summe der ehrenamtlichen Einsätze können eine bessere Gesellschaftsgestaltung nicht ersetzen. Ich will damit kein wehleidiges Klagelied anstimmen, sondern nur darauf hinweisen, dass das, was ich empfinde und erlebe, auch Menschen mit ganz anderen Zielen und ganz anderem Hintergrund tausendfach umtreibt. Alle spüren, dass unser Deutschland, unser Europa und die Welt auf ihre Bahn durch die Zeit aus der Spur gekommen sind. Sie möchten gerne helfen und wissen nicht wie. Der Rat, in eine Partei einzutreten, ist der Rat an eine Maus, sich vom Speck in der Falle zu nähren. Wo ist das Ende des Ariadnefadens, der den Weg aus dem Irrgarten zeigt?

Ich war ja bereit zu kapitulieren. Ich dachte, wenn das Problem-Bäumchen die Stärke eines Baumes erreicht hat, dann ist es keine Schande, wenn ich mir eingestehe, dass die eigenen Kräfte (und die der Gesinnungsgenossen) nicht ausreichen, um ihn zu roden. Eine solche resignative Stimmung bekommt zu leicht Nahrung, wenn man die Zeitungen aufschlägt oder die Nachrichten hört. Ich konnte aber von der schlechten Gewohnheit nicht lassen, Nachrichten weiter zu verfolgen: Darunter war auch das Handelsblatt Morning Briefing vom 10. 10.

2017 von Garbor Steingart. Steingart zeichnete ein düsteres Bild von unseren „Freunden“, den USA, und schrieb u.a.:

Amerika erlebt einen **politischen Hurrikan**, dessen Zentrum sich zwischen State Department, Weißem Haus und Capitol Hill in ständiger Bewegung befindet und dessen Thermodynamik wir in Europa bald zu spüren bekommen. Es geht um Fragen zu **Krieg und Frieden**, auch wenn sie sich derzeit hinter einer **Nebelwand** von persönlichen Anschuldigungen zu verbergen scheinen. ...

Und er schreibt dann weiter:

Sebastian Haffner beschreibt in seiner „**Geschichte eines Deutschen**“ die Atmosphäre der **Vorkriegsjahre**, die in ihrer vorsätzlichen Ahnungslosigkeit an die Gegenwart erinnert: „Alle waren rettungslos eingespannt in ihren Beruf und ihren Tagesplan, abhängig von tausend Unübersehbarkeiten, Glieder eines **unkontrollierbaren Mechanismus**, auf Schienen laufend gleichsam und hilflos. [...] Wir bewegten uns mit einer Sorglosigkeit, mit der die Menschen in einem modernen, käfiglosen Zoo zwischen den Raubtieren herumgehen, im Vertrauen darauf, dass die Gräben und Hecken alle richtig berechnet sind. [...] Nur in der **täglichen Routine** ist Sicherheit und Weiterbestehen – gleich daneben fängt der **Dschungel** an.“

Ich dachte, wenn man das Wort Sorglosigkeit durch Blindheit ersetzt, dann stimmt die Aussage von Sebastian Haffner auf für die Gegenwart. Denn sorglos sind die Menschen heute nicht, die Erinnerungen an das Ende von Weimar, den Zweiten Weltkrieg und von den Schwierigkeiten des Umbruchs danach sind verschwommen auch noch bei den Nachgeborenen vorhanden. Aber gerade, wenn eine kollektiv empfundene Gefahr nicht lokalisiert und analysiert werden kann, wird das Bedrohungsgefühl selbst zu einer Gefahr, weil dann wieder blind nach den Schuldigen gesucht wird, die man hängen kann.

Den Deutschen allgemein wurden nach dem Krieg die Schandtaten, die im Namen Deutschlands von Deutschen begangen wurden, eben auch von Deutschen – die eine Verstrickung in der Schuld für sich ablehnten oder eine politische Karriere machen wollten - vorgeworfen, sie würden sich der Aufarbeitung ihrer Schuld verweigern, obwohl die meisten von der Trauer über den Verlust von geliebten Menschen, von Hab und Gut und vom Überlebenskampf schon über Gebühr in Anspruch genommen wurden. Aber die Parteien, die dann den Deutschen einen Schuldkomplex eingepflichtet haben, um sie politisch knetbar zu machen, haben es

nie für nötig befunden, das Versagen ihrer Vorgängerparteien in der Weimarer Republik – das das Elend mit den Nazis erst möglich gemacht hat – aufzuarbeiten. Und das, was heute von der politischen Bühne berichtet wird, macht den Eindruck, dass die Demokraten von heute wegen ihres verkürzten und eingeengten Rückblicks nicht aus den Fehlern der Vergangenheit lernen können und dadurch unsere Gesellschaft in eine gefährliche Lage wie Anfang der 30er Jahre manövrieren. Sebastian Haffner¹² kann uns als Zeitzeuge Nachhilfeunterricht erteilen. Dieser Nachhilfeunterricht soll nicht dazu dienen, die Deutschen politisch rein zu waschen, sondern ihnen etwas mehr Gerechtigkeit zu vermitteln. Die negativen Eigenschaften, die sie mit anderen Gesellschaften teilen, verbleiben ihnen. Von Sebastian Haffner habe ich drei Bücher im Bestand. Mit möglichst wenigen Zitaten – nicht nur zustimmend - will ich das verdeutlichen, was ich meine:

Aus „**Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg**“ (1964 / 1981):

Jede Sünde beginnt als Gedankensünde, und jeder Fehler beginnt als Denkfehler. Auch dieser. Ehe die deutsche Politik sich änderte, änderte sich das deutsche Denken. Man fühlte sich nicht mehr als saturierter Staat. Man fühlte sich unbefriedigt, zu kurz gekommen; zugleich spürte man seine wachsende Kraft. Der Gedanke des »Durchbruchs«, der »Weltpolitik« und einer »deutschen Sendung« erfasste Deutschland: eine Stimmung des Aufbruchs und Ausbruchs. Das drückte sich zuerst in Büchern und Zeitungsartikeln, Universitätsvorlesungen, Manifesten und Vereinsgründungen aus, dann auch in politischen Entschlüssen und diplomatischen Aktionen. Etwa seit dem letzten Jahrfünft des 19. Jahrhunderts spielte das ganze deutsche Orchester plötzlich ein neues Stück.

Das Friedenssystem des 19. Jahrhunderts kann man in einem Satz zusammenfassen: In Europa herrschte Gleichgewicht, und außerhalb Europas herrschte England. Bismarck hatte dieses System nie umstürzen wollen er hatte nur ein einiges und mächtiges Deutsches Reich in dieses System einfügen wollen, und das war ihm geglückt. Seine Nachfolger wollten das System umstürzen und durch ein anderes ersetzen. In Zukunft sollte es heißen: Außerhalb Europas herrscht Gleichgewicht, und in Europa herrscht Deutschland.

Auf dem Kontinent sollte Deutschland nicht mehr einer unter Gleichen sein, sondern Führungs- und Ordnungsmacht. Auf den Weltmeeren aber und in der überseeischen Welt sollte England nicht mehr Hegemonialmacht sein, sondern nur noch einer unter Gleichen. Das alte europäische Gleichgewichtssystem - so die Theorie, die von den besten akademischen und publizistischen Köpfen des damaligen Deutschland seit

¹²https://de.wikipedia.org/wiki/Sebastian_Haffner <https://www.randomhouse.de/Sebastian-Haffner-Geschichte-eines-Deutschen-Als-Englaender-maskiert-DVA/aid9556.rhd>

den späten neunziger Jahren in immer neuen Variationen bestechend vorgetragen wurde - musste jetzt, im Zeitalter des Imperialismus, zu einem Weltgleichgewichtssystem ausgeweitet werden, und dieses neue Weltgleichgewicht musste England abgerungen werden, so wie vor Jahrhunderten das europäische Gleichgewicht früheren kolonialen Führungsmächten - Spanien, Frankreich - abgerungen worden war. »Wir wollen niemanden in den Schatten stellen, aber wir wollen auch einen Platz an der Sonne« - und zwar nicht nur, wie bisher, von Englands Gnaden. Daher die große Kriegsflotte, die Deutschland nun plötzlich nötig zu haben glaubte und zu bauen anfang. »Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser.« (S. 14 f.f.)

Haffner geht auf die politische Konstellation und die Politik Deutschlands vor dem Ersten Weltkrieg ein. Er schreibt:

... Halten wir hier inne. Wir sind jetzt an dem Punkt angelangt, wo der Krieg vor der Tür steht. Das friedliche Europa des späten 19. Jahrhunderts hat sich unheimlich verändert. Überall gibt es jetzt »Kriegsparteien«, nicht nur in Deutschland: das heißt Gruppen von Staatsmännern, die den Krieg für unvermeidlich halten und ihn nicht mehr abwenden, sondern nur noch zum günstigsten Zeitpunkt und unter den günstigsten Bedingungen führen und möglichst dem Gegner die Schuld zuschieben wollen. Auch in Deutschland - wie überall - gibt es daneben noch Staatsmänner, die das drohende Unheil fürchten und, mit schwindender Hoffnung, wenigstens hinausschieben wollen. Und in Deutschland haben sie sogar besonderen Grund dazu, denn die deutsche Lage, mit drei Großmächten als voraussichtlichen Kriegsgegnern, ist jetzt wirklich schauderhaft geworden. Dass Deutschland sich jetzt eingekreist fühlt, dass es bereits beginnt, in die desperate Stimmung zu geraten, in der man nur noch daran denkt, »wie man sich durchhaut«, ist zu verstehen.

Aber der Anstoß zu dieser fatalen Veränderung ist eindeutig von Deutschland ausgegangen. Der entscheidende erste Fehler, den Deutschland - lange vor Kriegsausbruch - gemacht hat, war seine Abkehr von Bismarck. ... (S. 21 f.)

... Noch einmal: Das war nicht Friedens-, sondern Kriegspolitik, eine kalt rechnende, wenn man will skrupellose, wenn man will verzweifelte Politik. Eine törichte und gedankenlose Politik war es nicht und eine verbrecherische auch nicht. Der Krieg lag ohnehin in der Luft; wenn er doch kommen sollte, dann wollte ihn jeder natürlich aus dem für ihn günstigsten Anlass ausbrechen lassen. Überfallene Unschuldslämmer gab es unter den Großmächten von 1914 nicht; und jubelt wurde überall. (S. 33)

„Jede Sünde beginnt als Gedankensünde, und jeder Fehler beginnt als Denkfehler.“ Sind es nicht heute auch die Denkfehler bei uns in Deutschland, in Europa und der Welt, die uns zu

schaffen machen? Haben wir etwa inzwischen zu einer Weltwirtschaftsordnung gefunden, die gleichzeitig Friedenspolitik ist? Ist es nicht ein berechtigtes Bedürfnis aller Völker, und zwar unabhängig von ihrer Größe, die gleichen Rechte zu haben, wie alle anderen? Ist etwa der Machtanspruch der USA, von Russland und China in den allgemeinen Menschenrechten begründet? Ist das heutige Deutschland etwa nicht anderen Staaten mit einem Defizit im Außenhandel ein Dorn im Auge. Haben etwa die Auseinandersetzungen um die Handelsabkommen Klarheit darüber gebracht, wie eine gedeihliche Weltwirtschaftsordnung auszusehen hat? Trotz zweier Weltkriege mit zig-Millionen Toten und einen Gebietsverlust von einem Drittel seiner Fläche ist Deutschland nicht über den Erkenntnisstand von vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges hinausgewachsen. Offensichtlich produzieren die klugen Köpfe hinter den Zeitungen und hinter den Kathedern der Lehrstuhlinhaber immer noch einen Stoff, der zwar zur Produktion von Sprengstoff taugt, aber nicht zum Düngen des Ackers, der die Menschen satt und friedlich macht.

Was Haffner übersieht, ist die monetäre Seite des Geschehens. Die Zahl der Menschen um 1900 konnten genauso wenig ohne Arbeitsteilung überleben wie die Zahl der Menschen um 2000. Und die Aussage gilt auch für die Zukunft. Eine zufriedenstellende Arbeitsteilung national wie international ist aber auf ein nationales und internationales stabiles und funktionierendes Geldsystem angewiesen, das allen Menschen national und allen Völkern international den gleichen Vorteil gewährt, wenn daraus keine Spannungen nach innen und außen entstehen sollen. Ich habe schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, dass dies weder vor dem Ersten noch vor dem Zweiten Weltkrieg gegeben war. Bei einer Goldwährung oder bei einer an Gold gebundenen Währung hängt das Wachstum einer Wirtschaft davon, dass der Goldbestand mitwächst. Wenn der Zuwachs am Goldbedarf für Währungszwecke und der Goldabfluss von Gold für Importe durch Funde und Schürfung im eigenen Land nicht gedeckt bzw. ausgeglichen werden kann, dann bleibt nur die Möglichkeit, einen Handelsüberschuss zu erreichen. Der Handelsüberschuss des einen Landes erzeugt aber automatisch dann bei einem oder mehreren Ländern Defizite. Diese Defizite haben nicht nur ein Schuldner-Gläubiger-Verhältnis zwischen den Staaten zur Folge, sondern bewirken eine Deflation mit den bekannten negativen Wirkungen. Eine Abwehr solcher Zustände mit neuen oder erhöhten Zollmauern ist dann wie eine Kriegserklärung an die Länder, gegen die sie gerichtet sind. Nationalistische Spinnereien und der Militarismus sind dann nur die Zündschnur, die den angesammelten ökonomischen Sprengstoff zur Explosion bringen. Zur Verdeutlichung der gegen-

wärtigen Probleme ein Zitat von Gabor Steingard aus dem Handelsblatt Morning Briefing vom 20. 10. 2016:

„**SOS**“ lautet die Schlagzeile unserer Wochenendausgabe. Es geht um **Donald Trump** und seine Außen-, Sicherheits- und Handelspolitik, die mittlerweile einem **Frontalangriff** auf das deutsche **Exportmodell** gleicht. Eine Zahl ist es, die Trump vor allem umtreibt: 283 Milliarden Euro. Das ist der **Leistungsbilanzüberschuss**, den Deutschland wegen seines boomenden **Exportgeschäfts** in diesem Jahr erwirtschaften wird. Es ist der größte Überschuss weltweit, vor **Japan** und **China**. Auf der US-Wirtschaft dagegen lastet ein **Leistungsbilanzdefizit** von umgerechnet 440 Milliarden Euro. Für Trump sind solche Zahlen Symbol eines Betrugs an Amerika.

Im nächsten Zitat von Sebastian Haffner aus diesem Buch ist mir der letzte Satz wichtig:

Auch eine Niederlage lässt sich besser oder schlechter handhaben, so wie man geschickt oder ungeschickt fallen kann. Die Handhabung der Niederlage von 1918 war Deutschlands letzter großer Fehler im Ersten Weltkrieg, und fast der schlimmste. Denn Deutschland fiel so ungeschickt wie nur möglich. Schon mitten im Fallen glaubte es immer noch, mitten im Siegen zu sein. Es machte keinen Versuch, seinen Fall zu begreifen, zu bremsen und zu mildern. Es fiel hart, mit voller Wucht, und es fiel auf den Kopf. Das Kriegsende fand in einer gewissen plötzlichen Bewusstlosigkeit statt. Was damals wirklich passierte, was Deutschland sich in letzter Minute noch selbst antat, hat es nie richtig aufgefasst und später nie richtig erinnert. Es hat sich später die unsinnigsten Legenden darüber aufschwätzen lassen, sogar die, dass das siegreiche Heer von hinten erdolcht worden sei. Auch hat es sich von dem Schock nie ganz erholt. **Seit dem Herbst 1918 sind die Deutschen ein politisch gemütskrankes Volk.** (S. 117)

Die Hervorhebung ist von mir. Mein Eindruck ist, dass die demokratischen Parteien nach der Kriegsniederlage, die Gemütskrankheit der Deutschen verlängert haben und der aufkommende Nationalsozialismus anfangs wie eine mildernde Droge wirkte. Die Krankheit nach dem zweiten verlorenen Krieg, wieder mit der Hilfe der demokratischen Parteien verfestigt wurde. Wenn die Politik so weiter macht, besteht durchaus die Gefahr, dass am Ende wieder eine oder einer kommt, der den Deutschen eine Droge anbietet, um sie von ihrem Leiden zu befreien.

Unter „Damals und heute“ ist im Nachwort 1964 zu lesen:

... Nicht umsonst nannte Thomas Mann seine geistreiche Verteidigung der deutschen Kriegspolitik im Ersten Weltkrieg: »Betrachtungen eines Unpolitischen«. Indem der Deutsche für sich als Person

das Recht in Anspruch nimmt, unpolitisch zu sein, also das Recht auf politische Verantwortungslosigkeit, gibt er gleichzeitig auch seiner jeweiligen Regierung einen Freibrief für politische Verantwortungslosigkeit - und fällt dann aus allen Wolken, wenn sie davon Gebrauch macht und ihn die Folgen treffen. Ein trauriges Kapitel, an dem sich zwischen 1914 und 1965 kaum etwas geändert hat. ... (S. 153)

Wenn mit unpolitisch Schlafmützigkeit gemeint ist, ist der Vorwurf berechtigt. Wenn aber mit unpolitisch gemeint ist, alle kümmerten sich nur um ihre Arbeit und ihre Familien, dann ist mit dem Urteil Zurückhaltung geboten, denn wenn sich alle um die Politik kümmern würden, wie sie heute betrieben wird, würden alle verhungern. Politisch sein in einer freien Gesellschaft heißt in Fragen der Verfassung, in solchen von Krieg und Frieden, in der generellen Linie der Politik und den Erhalt der Selbstorganisation nicht die Kontrolle verlieren und die Eingriffsmöglichkeiten zur Korrektur erhalten. Das, was in der Kultur und Wirtschaft als Selbstorganisation möglich ist, ist eine andere Form von Politik, auch wenn sie der Rechtsform nach privat ist. Wenn heute eine Staatsanwaltschaft oder der Verfassungsschutz nach Leuten suchen, die die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ gefährden, dann müssten sie die ganz Politikerkaste unter die Lupe nehmen.

Weiter:

... Man steht hier vor einem wirklichen Rätsel. Die leitenden Männer des Reiches waren ja gebildete, mindestens ausgebildete Menschen von im Allgemeinen mindestens durchschnittlicher Intelligenz und Begabung. Sie standen auch nicht, wie später die leitenden Männer des Dritten Reiches, unter Terror. Und dabei schneiden diese im Vergleich zu ihnen sogar noch eher besser ab. Einige, wie Beck und Schacht, machten gewisse fundamentale Fehlentscheidungen nicht mehr mit und nahmen lieber ihren Abschied, einige ganz wenige versuchten schließlich sogar patriotischen konspirativen Widerstand. Im Kaiserreich gab es dazu keine Parallelen, und in der Bundesrepublik, deren Politik seit Jahren wiederum den Boden der Realität völlig unter den Füßen verloren hat und sich nur noch an Wunschvorstellungen und Fiktionen klammert, gibt es wiederum keine.

Vielleicht liefert uns die Beobachtung der bundesrepublikanischen Gegenwart in diesem Fall den Schlüssel zur Lösung des Rätsels der kaiserlichen Vergangenheit. Er liegt in dem Wort »tabu«, das heute gang und gäbe geworden ist und das man damals im politischen Bereich noch nicht kannte. Große Bereiche der Wirklichkeit waren damals und sind heute für die deutsche Politik »tabuisiert«. Sie ins Auge oder gar in Worte zu fassen galt und gilt als unschicklich und skandalös und schloss und schließt automatisch aus der Gemeinschaft aus. (S. 157 f.)

Ich denke, hier werden viele Bürgerinnen und Bürger Beispiele der Tabuisierung von politischen Themen benennen können. Die Tabuisierung der Kritik der Wiedereinführung einer Goldwährung in der Weimarer Republik hat zu dem Elend geführt, das Hitler erst möglich gemacht hat und unendlich viel Leid über die Menschen gebracht hat. Die lange Tabuisierung der staatlichen Existenz der DDR hat das Zusammenwachsen der deutschen Teilstaaten verzögert.¹³ Die Frage, ob die Abtrennung von deutschen Staatsgebieten ein Verstoß gegen das Völkerrecht war, darf immer noch nicht gestellt werden. Wer es trotzdem versucht, gilt als Rechtsradikaler. Ebenso ist tabu, die Frage zu stellen, ob die Nato heute Deutschland und Europa nützt oder schadet. Die Tabuisierung der Freiwirtschaftsschule hat Jahrzehnte lang Millionen von Menschen unnötig in der Arbeitslosigkeit gehalten und Europa an den Rand der Selbsterstörung geführt. Es bedarf aber nicht immer eines Tabus, um Menschen zum Schweigen zu bringen. Da der Staat heute über die Hälfte des Einkommens der Bürger verfügt und Politik heute nur noch so verstanden wird, dass dem einen etwas genommen wird und dem anderen etwas gegeben wird, hat man eine gute Möglichkeit, alle Bürgervereinigungen finanziell auszutrocknen, die unangenehme Themen behandeln. In Bückeburg – eine Stadt in Niedersachsen – gab es einst das Internationale Freundschaftsheim (IFH), es war unter der Leitung von Pastor Wilhem Mensching nach dem Krieg eine Pionierstätte der Friedens- und Versöhnungsarbeit. Weil es sich auch bemühte, den Kontakt mit Menschen jenseits des Eisernen Vorhanges aufrechtzuerhalten, hat man es in einer Zeit – wo Einrichtungen, die brav im Kielwasser der Politik fuhren, gut gefüttert wurden, aus der öffentlichen Förderung herausgenommen. Heute steht auf dem Gelände des Freundschaftsheimes ein Konsumtempel und an die Stätte der Friedensarbeit (der ehemalige Galgenberg, eine Richtstätte) erinnert nur eine mickrige Gedenktafel. Um das Machtstreben des Staates zu begrenzen und ihn daran zu hindern, seinen Machtwall mit Tabus zu verteidigen, muss der Bürger selber über einen größeren Betrag seines Arbeitsertrages verfügen können, um aus eigenem Entschluss Tabubrecher unterstützen zu können. Das mag sich befremdlich anhören, ist es aber nicht. Neulich hörte ich einen Zeitgenossen ganz richtig sagen: “Die Grundrechte sind ein Instrument, mit dem sich das Individuum gegen die Anmaßungen des Staates verteidigen kann.“ Und es ist doch ein Ammenmärchen, dass der sich demokratisch nennende Staat immer ein braver Staat ist.

13 Im November 1967 schrieb ich in einem Referat für die Gründungsversammlung der Liberal-Sozialen Partei unter der Ziffer 5.22: „Wir sollten die DDR und die Oder-Neiße-Grenze als Erbschaft von unseren Vätern anerkennen. Wenn wir nicht von den bestehenden Tatsachen ausgehen, werden wir nie erreichen, daß die Grenzen nach dem Osten hin durchlässiger werden; erst recht nicht die Wiedervereinigung.“

Ich komme zu „**Überlegungen eines Wechselwählers**“ von Sebastian Haffner, 1980. Haffner hebt einleitend (1980) hervor, dass Deutschland unter den Demokratien des Westens die „solideste, gesundeste und stabilste“ ist. Er hat seinen Text in drei Kapitel aufgeteilt: Demokratie in Deutschland, Parteien im Wandel und Überlegungen eines Wechselwählers. Ich will nicht das ganze Buch referieren, man findet es sicher in Bibliotheken und wer interessiert ist, kann es selber lesen. Es lohnt sich. Mich interessieren hier nur einzelne Fragen und Gesichtspunkte. Da wäre gleich die erste Frage und der erste Hinweis:

Was war da geschehen, was hatte sich geändert? Was gab dem Demagogen plötzlich seinen Triumph über den anständigen, gesetzten, unpolitischen Deutschen? Und warum hat dieser Triumph schließlich doch nicht vorgehalten? Was hat die Deutschen, die vor 45 Jahren in ihrer riesengroßen Mehrheit auf Hitler schworen, heute in einer noch größeren Mehrheit zu Demokraten gemacht - wobei sie doch immer unverkennbar dasselbe Volk, dieselben Menschen, dieselben Deutschen geblieben sind? (S. 16.f.)

Die Politikpropaganda will uns immer noch einreden, das sei der Erfolg des völkischen Denkens und des Antisemitismus gewesen, den die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg abgeschworen hätten. Diese Propaganda kann nicht eingestehen, dass die Zustimmung zur Demokratie auch von ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit abhängt. Sie benutzt die falsche Behauptung, um unnötiger- und unnützlicherweise die Meinungsfreiheit einzuengen. Es soll damit nicht gesagt werden, dass das Denken keinen Einfluss auf die politische Haltung der Bürger hat. Nur ist ein demokratisches Regierungssystem nicht dafür da, um über das richtige Denken ihrer Bürger zu entscheiden. Letztlich kann nur die Konkurrenz des besseren Wortes das falsche Wort im Zaum halten.

Die Deutschen waren immer ein unpolitisches Volk, aber sie waren immer fleißige Wähler und sind es heute mehr denn je. Auch darüber lohnt sich nachzudenken. Wahlversammlungen sind schwach besucht, Flugblätter bedecken in Wahlkampfzeiten massenhaft, achtlos weggeworfen, das Straßenpflaster; aber die Wahlbeteiligung ist in Deutschland immer hoch, höher als in Frankreich und England, viel höher als in Amerika, wo sie manchmal kaum 50 Prozent überschreitet. Offenbar lassen sich die Deutschen ungern vor ihrer Wahlentscheidung die Köpfe heißreden (das haben sie einmal getan, und es ist ihnen schlecht bekommen, davon haben sie offenbar genug). (S. 17)

Die Aussage in der Klammer gilt wohl nur so lange, wie der sozialökonomische Druck, der neben den Verwerfungen in der Ökonomie auch durch die neuen Flüchtlingsströme ausgelöst

wird, noch erträglich sind. Die neuen Wahlergebnisse zeigen, dass die Einschätzungen Haffners für 1980 noch gerade so stimmen, wenn man die damalige grüne Aufbruchsbewegung unberücksichtigt lässt.

Die Deutschen sind in ihrer Mehrheit immer noch dasselbe unpolitische Volk wie zu Thomas Manns Zeiten, und es will und will nicht gelingen, ihnen eine Liebe zur Politik einzuprügeln, obwohl eine ganze Armee von Schriftstellern, Journalisten und Akademikern ständig mit nichts anderem beschäftigt ist. Worüber sich nachzudenken lohnt - und vielleicht zu wenig nachgedacht wird -, das ist, was dieses unpolitische Volk zur Demokratie bekehrt hat und warum gerade die Demokratie der unpolitischen Deutschen heute so gut funktioniert - so viel besser als anderswo.

Die kurze Antwort auf die erste Frage lautet: die schlimme Erfahrung mit der Diktatur.

Die lange Erklärung von Haffner, mag der Leser im Originaltext nachlesen. Hier soll die Aussage nur eine Aufforderung an die Wissenschaft und Politik sein, endlich gründlicher nachzuschauen und zu berichten, warum die Weimarer Republik zusammengebrochen ist. Das ist wichtig, damit beide Gruppen von Bürgern nicht Wiederholungstäter werden. Der Schutz unserer Demokratie durch die Erfahrung mit der Diktatur verblasst genauso, wie der Schutz vor dem Militärischen durch die Erfahrungen mit dem Krieg verblasst ist. Erfahrungen lassen sich nur bedingt durch Erzählungen an die folgenden Generationen vererben.

Die Kapitulation der Konservativen vor Hitler war eine Kapitulation vor dem Wählerwillen - also in gewissem Sinne vor der Demokratie. Von den fünf Parteien, die in den Wahlen der letzten drei Weimarerjahre noch übrigblieben, wollte nur eine, die SPD, die Weimarer Verfassung erhalten, also die halb präsidentiale, halb parlamentarische Demokratie, die sie verkörperte. Alle anderen wollten sie abschaffen, und zwar wollten Zentrum und Deutschnationale zurück zum alten Obrigkeitsstaat; aber die beiden Parteien, die schließlich zusammen die Wählermehrheit gewannen, die Nationalsozialisten und die Kommunisten, wollten auch das nicht. Sie wollten jeweils, gestützt auf ein revolutionäres Volksmandat, allein regieren, sie wollten einen Einparteienstaat; und das wollte offenbar damals auch eine Mehrheit der deutschen Wähler, wobei sie im Verhältnis von zwei zu eins einem nationalsozialistischen Einparteienstaat vor einem kommunistischen den Vorzug gab. Was ging in diesen 20 Millionen Durchschnittsdeutschen vor, die damals nationalsozialistisch oder kommunistisch wählten, was war ihr - bewußtes oder unbewußtes - Raisonement? Vergessen wir nicht, diese Menschen waren keine Irren und keine Teufel; in den Jahren zuvor hatten sie zum allergrößten Teil gutdemokratische Parteien gewählt. Es ist Unsinn, daß die 13 Millionen Naziwähler von 1932, um nur von diesen zu reden, bewußt für Krieg und Kriegsgreuel, Konzentrationslager und Judenmord

stimmten; daß derartiges dabei herauskommen würde, ahnten höchstens die wenigen, die »Mein Kampf« gelesen hatten, und die noch weniger, die das wilde Buch ernstnahmen. Ebensovienig wählten die 6 Millionen KPD-Wähler den Archipel Gulag. Nein, diese 20 Millionen wollten immer noch eine Regierung, die aus dem Volke hervorging. Dabei begingen sie allerdings einen Kurzschluß: Sie konnten sich einen funktionierenden und zugleich volkstümlichen Staat nur als Einparteienstaat vorstellen. (S. 38 f.)

Der Gedanke „Ein Reich, ein Führer!“ konnte doch nur entstehen, weil das, was die Menschen unter „Ein Reich, ein Kaiser!“ erlebt hatten, wesentlich besser war, als das, was sie unter dem Vorzeichen *Demokratie* erleben mussten. Und der Weg zurück zum Kaiser war versperrt oder für nicht möglich gehalten.

Überall sonst wird der Regierungschef vom Staatsoberhaupt ernannt. Vom Parlament kann er nur gestürzt werden - worauf das Staatsoberhaupt einen neuen Regierungschef ernennen muß, der sich im Parlament eine neue Mehrheit sucht. Exekutive und Legislative, Obrigkeit und Volksvertretung, stehen sich in allen demokratischen Ländern außer der Bundesrepublik gegenüber, ungefähr wie Parteien in einem Gerichtsverfahren: Die eine regiert, die andere macht ihr das Regieren schwer; das Parlament macht nicht die Regierung, es kontrolliert sie, und wenn es ihm zu bunt wird, stürzt es sie. Das ist das herkömmliche Demokratieverständnis: Das Volk wählt eine „Volksvertretung..“, die der Regierung auf die Finger sieht und, wenn es hart auf hart geht, auf die Finger klopft. Es wählt nicht die Regierung; die kommt irgendwie von oben. Es war, nebenbei gesagt, diese Art Demokratie, die Thomas Mann vor Augen hatte, als er schrieb, die Deutschen würden die Demokratie nie lieben können, weil sie Sachlichkeit, Ordnung und Anstand, also eine gute Regierung, wollten, nicht aber Politik, also ewige Kritik und Parteienhader. Damit hatte er Recht. Die Reichstage des Kaiserreichs und der Weimarer Republik, die nur kontrollierten und kritisierten, waren in Deutschland nie wirklich populär, sie hießen »Schwatzbuden«, und im Grunde ihres Herzens waren die meisten Deutschen bei Konflikten zwischen Regierung und Parlament innerlich auf der Seite der Regierung.

Aber Thomas Mann hatte Unrecht, wenn er glaubte, dies sei die einzige Art von Demokratie, die es geben könnte. »Demokratie« heißt doch, wörtlich übersetzt, Volksherrschaft, Volksregierung. Ist es denn eigentlich Volksregierung, wenn das Volk nur eine Volksvertretung wählt, die der Regierung das Leben schwer macht, einen Wachhund, der die Regierung verbellen und sie wegbeißen kann? Ist es nicht eine viel echtere Demokratie, wenn das Volk selbst die Regierung wählt, die es haben will? Und ist eine solche Demokratie nicht gerade dem deutschen Nationalcharakter, der deutschen Sachlichkeits-, Ordnungs- und Anstandslicbe, viel angemessener?

Hier ist Sebastian Haffner Opfer seiner Vorlicbe für die Zwei-Parteien-Demokratie gewor-

den, die ich noch vorstelle. Aus dem richtigen Gedanken, das Demokratie Volksherrschaft heißt und somit stellvertretend damit eine Regierung beauftragt, schließt er, dass das Parlament stellvertretend diese Aufgabe für das Volk vornehmen muss. Er sieht nicht, dass er damit dem Parlament, der Legislative, ein Kuckucksei ins Nest gelegt hat. Wenn nämlich die Mehrheit des Parlamentes die Regierung beruft, wird das Parlament automatisch zu einer Legitimationsmaschine der Exekutive, in der die Minderheit, die Opposition an zahnloser Tiger wird. Da die Gewaltenteilung ebenfalls ein Element der Demokratie ist und auch nach dem Grundgesetz alle Staatsgewalt vom Volke aus geht, muss das Wort Demokratie eben übersetzt werden mit Volksherrschaft, die in Wahlen die Exekutive, die Legislative und die Judikative direkt wählt und sich das Eingriffsrecht durch die direkte Demokratie (Volksgesetzgebung) vorbehält.

In dem Kapitel II „Parteien im Wandel“ berichtet Haffner, dass Parteien wie wir sie heute kennen, erst eine Erscheinung der Neuzeit seien.

... In den rund 3000 Jahren Weltgeschichte, über die wir ungefähr Bescheid wissen, sucht man 2700 bis 2800 Jahre lang vergebens nach Parteien. ... (S. 63)

... Die ersten wirklichen Parteien - Parteien mit landesweiten Organisationen und örtlichen -Parteimaschinen. - tauchen in der Weltgeschichte erst hundert-Jahre später auf, und zwar nicht etwa in Europa, sondern in den funkelneuen Vereinigten Staaten von Amerika, in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts. Und das ist ein weltgeschichtliches Ereignis, das sich etwas näher zu betrachten lohnt. Denn nicht nur haben sich die beiden Parteien, die sich damals in Amerika bildeten, unter wechselnden Namen bis heute erhalten und sind noch immer die selbstverständlichen Träger des gesamten amerikanischen politischen Lebens; sondern auf das amerikanische Urbild bewegen sich heute, bewußt oder unbewußt, auch die ursprünglich ganz anders strukturierten Parteien der meisten Demokratien Europas zu, nicht zuletzt die der Bundesrepublik Deutschland.

Das erste, was einem Europäer an den amerikanischen Parteien, den Republikanern und Demokraten, auffällt, ist, daß sie so schwer zu unterscheiden sind. Der Europäer erwartet von Parteien immer noch in erster Linie, daß sie sich streiten; daß sie entgegengesetzte Meinungsströmungen, Klasseninteressen oder verschiedene politische Weltanschauungen vertreten. Aber die amerikanischen Parteien streiten sich eigentlich nicht; sie konkurrieren nur, wie zwei Industriekonzerne, die gleiche Produkte anbieten. Politischer Meinungsstreit über aktuelle Fragen geht in Amerika meist quer durch beide Parteien hindurch und spielt sich mehr in ihnen als zwischen ihnen ab. Ideologisch ist überhaupt kein Unterschied zwischen

ihnen festzustellen. Und auch mit der Zuordnung zu Klasseninteressen hapert es. Atmosphärisch mögen die Republikaner etwas patrizischer, die Demokraten etwas plebejischer anmuten - und die Republikaner entsprechend konservativer, die Demokraten liberaler; aber wenn man näher zusieht, löst sich dieser erste Eindruck auf. Der Demokrat Roosevelt war ein Aristokrat; der Republikaner Nixon kam aus dem untersten Kleinbürgertum. Und in den Südstaaten sind noch heute die »linken« Demokraten die Partei der ehemaligen Sklavenhalter, die »rechten« Republikaner die der Sklavenbefreier. Kurz, die Parteizugehörigkeit sagt in Amerika wenig über die Klassenzugehörigkeit, wenig auch über die politische Meinung aus; es gibt »linke« und »rechte« Demokraten, »rechte« und »linke« Republikaner. (S. 66 f.)

Abgesehen davon, ob Haffner heute auch noch in gleicherweise so über die Parteien in den USA urteilen würde, stellen sich mir zwei Fragen: a) Ist es wirklich ideal, wenn sich zwischen dem Volk als legitimer Herrscher und den stellvertretend gewählten Vertretern, die diese Aufgabe arbeitsteilig übernehmen, noch Machtblöcke etablieren, auf die das Volk als ganzes keinen Einfluss hat? Und b) Müssen oligopolistische Parteien, die ja nicht nur positive Selektionsmaschinen für die tüchtigsten und fortschrittlichsten Vertreter des Volkes sind, nicht automatisch ein Feind der Vielfalt für Lösungsansätze sein, die einen sanften Anpassungsprozess an neue gesellschaftliche Bedingungen ermöglicht? Für unsere Bedürfnisse in Deutschland und Europa erscheint es mir dringend, dass wir uns um ein besseres Selektionssystem der Volksvertreter bemühen. Gleichzeitig ist wichtig, dass die Politik auf allen Stufen der staatlichen Gliederung durch die Selbstorganisation auf Bürgerebene entlastet wird.

Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung enthält den ungeheuren Satz: »Regierungen muß es unter Menschen geben; sie beziehen ihre berechtigten Gewalten von der Zustimmung der Regierten.« Damit ist der paulinische Satz: »Wo aber Obrigkeit ist, die ist von Gott verordnet«, der bis dahin in der ganzen Christenheit, auch in den amerikanischen Kolonien, unwidersprochen gegolten hatte, auf den Kopf gestellt - oder, wenn man will, vom Kopf auf die Füße. Regierung, »Obrigkeit« kommt nicht mehr von oben und wird nicht als gottverordnet akzeptiert, sobald sie sich irgendwie gebildet hat. Sie muß von unten, aus dem Volke heraus, gebildet werden, und sie muß die Zustimmung des Volkes finden, das heißt, sie muß gewählt werden: Nur dann ist sie legitim. Das ist das neue politische Evangelium der modernen Demokratie, das in Amerika 1776 erstmals verkündet und 1788 dann in prosaische politische Realität umgesetzt wurde. (69)

Sebastian Haffner weist darauf hin, dass dieser Wandel in der Begründung von der Herrschaft den Deutschen erst 1918 zugemutet wurde. Bis dahin hatten sie eine Herrschaft von

Gottes Gnaden, die ohne das Zutun der großen Mehrheit abgeschafft wurde. Neben diesem Systemwandel, der nicht selber erarbeitet wurde, wurde ihr Einsatz im Krieg, der häufig aus Idealismus gespeist oder überwiegend vom Staat erpresst wurde, als Ursache des Elends hingestellt. Hinzu kam, dass ihr Vermögen auf Geld lautendes Vermögen durch die Geldentwertung (ein Staatsverbrechen) oft auf eine Null zusammenschmolz. Das alles konnten die Deutschen nicht zu begeisterten Demokraten machen.

Bei Haffner heißt es in seinen „Überlegungen eines Wechselwählers“ weiter:

Man bedenke: Demokratie heißt ja nicht Abschaffung von Regierung, von »Obrigkeit«. Im Gegenteil, die amerikanische Unabhängigkeitserklärung sagt ausdrücklich: Damit die Menschen ihres Rechts auf Leben, Freiheit und Glücksstreben sicher sein können, muß es Regierungen unter Menschen geben. Auch demokratische Obrigkeit ist Obrigkeit, auch in der Demokratie müssen Regierung, Polizei, Militär, Justiz, Finanzamt bei den Bürgern Gehorsam finden - und, wo sie ihn nicht finden, notfalls erzwingen. Aber wo sollen Regierung, Polizei usw. herkommen? Und wie soll sichergestellt werden, daß sie wirklich auf der Zustimmung der Regierten beruhen? Die Antwort auf diese Fragen - dieselbe Antwort auf beide -, die die Gründer der amerikanischen Demokratie gegeben haben, ist eben die Erfindung der Parteien. (S. 71)

Ich bezweifle, dass diese Erfindung das Optimale für die Demokratie ist. Parteien vertreten immer nur einen Teil eines Ganzen. Die Demokratie führt aber zu Zank und Fehlentwicklungen, wenn nicht das Gleichgewicht der divergierenden Interessen und die Chancengleichheit seiner Bürger gewahrt wird. Demokratie heißt auch nicht Regierungslosigkeit, so wie Anarchie nicht Gesetzlosigkeit heißt, sondern Herrschaftslosigkeit. Ich habe in einem anderen Zusammenhang argumentiert, dass die Anarchie als Regierungslosigkeit nicht funktionieren kann, weil die einzige Wirtschaftsordnung, die so etwas wie individuelle Freiheit ermöglicht, die Marktwirtschaft ist. Die Marktwirtschaft ist aber nur möglich, wenn die Gesellschaft, die sie will, eine Organisation zur Verfügung stellt, die den erforderlichen rechtlichen Rahmen rechtlich mit entsprechenden Normen sorgt und diese auch durchsetzt. Man denke z. B. an das Vertrags- und Haftungsrecht oder an Maße und Gewichte. Aber Parteien haben nicht die Neigung, sich auf das Notwendige zu beschränken und Parteimitglieder machen äußerst selten den Eindruck, als gelte ihr Bemühen, den andern Bürgern ihre haftende Gestaltungsfreiheit zu sichern. Daher waren die Überlegungen zu einem starken, aber schmalen Staat, die in den vergangenen Jahrzehnten immer mal wieder aufkamen, auch berechtigt. Die Neoliberalen der Chicagoer Schule haben durch ihre Vorstellung, den Staat weitgehend auszuschalten, die Bemühungen der Neoliberalen der Freiburger Schule sabo-

tiert. Eine demokratische Gesetzgebung muss sich auf das Wesentliche beschränken und dadurch die Regierung von einer ausufernden Staatstätigkeit abhalten. Eine demokratische Gesetzgebung und Regierung darf auch nicht paternalistisch handeln. Darunter versteht man:

Mit **Paternalismus** (von lat. pater = „Vater“) wird eine Herrschaftsordnung beschrieben, die ihre Autorität und Herrschaftslegitimierung auf eine vormundschaftliche Beziehung zwischen Herrscher/Herrschern und beherrschten Personen begründet. Der familiäre Bereich wird dabei meist in der Betrachtung ausgeklammert.

Als **paternalistisch** wird umgangssprachlich auch eine Handlung bezeichnet, die gegen den Willen, aber auf das vermeintliche Wohl eines anderen ausgerichtet ist. **Paternalistische** Regelungen werden von den Adressaten häufig als Bevormundung angesehen.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Paternalismus>

Ich komme zum letzten Thema, das sich auf die „Überlegungen eines Wechselwählers“ von Sebastian Haffner bezieht. Ich habe mich am anderen Ort dafür ausgesprochen, die neue Partei, die AfD, durchaus kritisch zu sehen, ihr aber nicht alles Böse anzuhängen und sie nicht verantwortlich zu machen, für die eigenen Machtverlustängste. Ich habe empfohlen, die Berichte aus der Gründungszeit der Grünen mit den Berichten über die AfD zu vergleichen. Man würde bestimmt feststellen können, dass DIE GRÜNEN in der ersten Zeit ihrer Existenz auch nicht besser beurteilt wurden als die AfD heute¹⁴. Gegenüber anderen Urteilen über die GRÜNEN habe ich auch bei Haffner welche in abgeschwächte Version gefunden :

Man kann das Ergebnis unserer bisherigen Überlegungen dahin zusammenfassen, daß Parteien dazu da sind, dem Lande eine Regierung zu stellen; und daß eine Demokratie nur dann funktioniert, wenn zwei regierungswillige und regierungsfähige Parteien oder Parteigruppen sich dem Volke nach feststehenden Regeln periodisch zur Wahl stellen. Wenn man das akzeptiert, ergibt sich daraus bereits, welche Parteien man *nicht* wählen darf: nämlich die braunen, die roten und die grünen. Die braunen und roten, also die Nationalsozialisten und Kommunisten, darum nicht, weil sie nicht bereit sind, sich regelmäßig zur Wahl zu stellen, sondern, einmal gewählt, alle Konkurrenz ausschalten und ein für allemal unabwählbar weiterregieren wollen. Und die Grünen darum nicht, weil sie keine Regierungsanwärter sind, sondern eine reine Protest- und Störpartei; nichts könnte sie in größere Verlegenheit versetzen, als wenn ihnen plötzlich 51 Prozent der Wähler ihre Stimme gäben und sagten: Bitte, nun regiert das Land. Für die Demokratie

¹⁴ Neuer Bundestag „Das Parlament ist nicht eine moralische Züchtigungsanstalt“ Antje Vollmar im Gespräch mit Jasper Barenberg. http://www.deutschlandfunk.de/neuer-bundestag-das-parlament-ist-nicht-eine-moralische.694.de.html?dram:article_id=398956

sind die einen so tödlich wie die anderen.

Nationalsozialisten und Kommunisten waren vor einem knappen halben Jahrhundert in Deutschland gewaltige Massenparteien, die zusammen bei freien Wahlen eine Mehrheit der Deutschen hinter sich hatten. Heute sind sie in der Bundesrepublik zu politischen Sekten herabgesunken, und es braucht keine große Überredungskunst, die Masse der deutschen Wähler von ihnen fernzuhalten. Dazu hat die bittere Erfahrung genügt, die die Deutschen mit dem totalitären Einparteienstaat gemacht haben oder noch machen: die gesamtdeutsche mit der nationalsozialistischen, die teildeutsche mit der kommunistischen Variante. Anders steht es mit den Grünen. Sie haben bei einem Teil besonders der jugendlichen Wählerschaft zur Zeit deutlich Aufwind, und es ist nicht überflüssig, deutlich zu machen, warum auch sie, obwohl oder weil sie sich »basisdemokratisch« nennen, Gift für die Demokratie in Deutschland sind. ... (S. 119 f.)

Nun, man kann wohl jede neue Partei in Verlegenheit bringen, wenn sie von einer 0-Prozent-Vertretung im Parlament auf eine 51-Prozent-Vertretung im Parlament katapultiert wird und sie dann zur Regierungsbildung auffordert. Die Außenansicht einer Partei ist aber anders als die Innenansicht. Die Innenansicht wurde mir zuteil. Die vielen Parteigründungen vor und nach 1980, von denen die Bürger über die Medien in der Regel nichts erfahren¹⁵ und die in der Wahlberichterstattung zum Teil unter „Sonstige“ dargestellt werden, zeigen doch, dass die großen Parteien nicht das leisten, was von ihnen erwartet wird. Auch die Grünen wären über die Bekundung, dass sie eine Partei gründen wollen, nicht hinausgekommen, wenn nicht wesentliche Belange der Wähler bei den damals schon „etablierten“ Parteien zu kurz gekommen wären. Das ist mit der AfD heute genauso.¹⁶ Den Grünen der ersten Stunden kam es aber deshalb nicht so sehr auf das Regieren an, weil vor einer Erneuerung der Gesellschaft – und darum ging es ja Ende der siebziger Jahre wie vorher Ende der sechziger Jahre - ja erst einmal ein Klärungsprozess über die Mängel und die Gestaltungsmöglichkeiten unserer Gesellschaft in Gang gesetzt werden musste. Es bestanden durchaus Ängste, dass durch eine Parteigründung alle guten Impulse verloren gehen könnten. Aber letztlich hat die Aussicht, das Parlament als Basis für unterdrückte Informationen über Gefahren und Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen, den Ausschlag für die Parteigründung gegeben. Der Erneuerungsprozess wurde maßgeblich durch die 5%-Klausel bei den Wahlverfahren erschwert und hat diesen letztendlich verhindert. Um die 5%-Klausel zu überspringen wurden auch die K-Grup-

¹⁵ Die Vorläuferparteien der GRÜNEN sind da wohl eine Ausnahme.

¹⁶ Damit sage ich nicht, dass ich die AfD und DIE GRÜNEN für gleichwertig halte, sondern nur, dass sie den gleichen Abwehrmechanismen der etablierten Konkurrenten unterliegen. Und die Konkurrenz mobilisiert jedes Mal die Öffentlichkeit, damit ihre Abwehr Erfolg hat.

pen in den Gründungsprozess einbezogen. Die Vertreter der K-Gruppen waren keine schlechteren oder besseren Menschen als jene Vielfalt, die das grüne politische Projekt angeschoben haben, nur ist das, was sie wollen, freiheitsfeindlich und ihre Wirkungsmethoden sind hochgradig unfair. Aber K-Gruppen haben entsprechend ihres Zuspruchs genauso das Recht in den Parlamenten vertreten zu sein, wie Menschen mit anderen gesellschaftlichen Gestaltungsideen. Wenn die von den K-Gruppen dominierten Bunten Listen und die Grünen Listen mit Aussicht auf Erfolg hätten je eine Partei gründen können, dann wäre es nicht zu den unsäglichen Auseinandersetzungen gekommen, die letztlich zu einer Art unabhängiger, grüner SPD geführt haben. Die Wirkkraft der Gründergruppen mit anderen Vorstellungen hat eben nicht gereicht, um eine grüne Partei zu etablieren, die mit der Vielfalt in der Einheit der Grünen Ernst macht. Die Geschichte kann man aber nicht rückgängig machen und auch nicht wiederholen. Es bleibt nur abzuwarten, wie sich die Grünen weiter entwickeln.

Ich komme zu dem dritten Buch von Sebastian Haffner. Der Titel lautet „**Anmerkungen zu Hitler**“. Das Buch ist 1978 im Kindler Verlag erschienen. Mir liegt die Lizenzausgabe des Fischerverlages von 2002 vor. Ich bringe drei Auszüge in umgekehrter Reihenfolge. Aber vorher eine Anmerkung:

Wenn ich Schilderungen über Hitler lese, frage ich mich immer, was haben die Sieger des Ersten Weltkrieges und die Parteien der Weimarer Republik – die Konservativen, die Liberalen und die Sozialisten – mit den Deutschen oder vielmehr mit ihren Lebensverhältnissen gemacht, dass sie den an seiner Seele kranken Menschen Adolf Hitler zu ihrem „Erlöser“ gewählt haben. Diese Frage interessiert mich hier, die Person Hitler nur am Rande. Aber beim Lesen seines merkwürdigen Verhaltens gegenüber Frauen fiel mir wieder ein, dass ich vor Jahrzehnten einen Bericht eines Rechtsanwaltes gelesen habe, der einen Jugendfreund Hitlers verteidigt hatte. Dieser wurde angeklagt und hingerichtet, weil er behauptet hat, eine Ziege hätte Hitlers Geschlechtsteil zerstört. Weil ich den Titel und den Autorennamen der Schrift vergessen habe, aber hier vielleicht die Ursache für Hitlers destruktive Herrschaft und Zerstörungswut liegt, habe ich im Netz gesucht und tatsächlich die Geschichte gefunden. Als Quelle wird angegeben: DER SPIEGEL 43/1987 .

Die Ziege, die Hitler den Penis abbiss / Homage an Eugen Wasner für Goethe-Institut + WRO Breslau (PI) Pop Up Pavillon 2016

<http://tkuentzel.de/projects/die-ziege-die-hitler-den-penis-abbiss/>

Gleichzeitig fand ich aber eine andere Erklärung, warum Hitler kein normales Geschlechtsleben haben konnte. Es ist nicht mein Bemühen zu klären, ob die eine oder andere Geschichte

stimmt oder hier zwei Ereignisse vorliegen, die die Person Hitler negativ geprägt haben. Hier ist nur daran zu erinnern, dass die Fehlprägung eines Individuums negative Wirkungen auf die ganze Gesellschaft haben kann. Es folgt der Hinweis auf die weitere Fundstelle:

Archiv-Fund Der wahre Grund für Hitlers gestörtes Sexleben

Von [Sven Felix Kellerhoff](#) | Veröffentlicht am 18.12.2015 | Lesedauer: 6 Minuten
<https://www.welt.de/geschichte/zweiter-weltkrieg/article150109063/Der-wahre-Grund-fuer-Hitlers-gestoertes-Sexleben.html>

Das erste Zitat aus diesem Buch von Haffner, das ich bringe, macht deutlich, dass die Menschen, die sich für Hitler aufgeopfert haben, letztlich von Hitler nach folgendem Motto geopfert wurden: „Wenn ich nicht siegen und leben darf, dann sollt ihr auch nicht leben und mit mir untergehen!“

Wenn viele Deutsche sich gekränkt fühlten, wenn ihnen bei einem Hinweis auf ihr eigenes Leid bis in jüngster Zeit gesagt wurde, sie seien doch selber Schuld, denn sie hätten doch Hitler und die Folgen zugelassen, ist doch verständlich, dass sie verstockt reagiert haben und sich nach Erklärungen Umschau gehalten haben, die ihrer Wahrnehmung entsprach. Das gilt besonders dann, wenn das Versagen der Vorgänger der heutigen Parteien, eine solche „Ihr-habt-selbst-Schuld-Zuweisung“ genutzt haben, um vom eigenen Versagen abzulenken. Jetzt zu Haffners Anmerkungen zu Hitler:

Viel näher liegt es, die ausschlaggebende Rolle unter Hitlers Motiven dem negativen Beispiel des November 1918 zuzuschreiben. Erinnern wir uns: November 1918 war Hitlers Erweckungserlebnis gewesen, die tränentreibende Wut über den - seiner Meinung nach vorzeitig - verlorengegebenen Krieg seine unvergeßliche Jugenderfahrung, und der Vorsatz, nie wieder einen November 1918 zuzulassen, der ursprüngliche Hauptimpuls bei seinem Entschluß, Politiker zu werden. Nun war es soweit, nun war Hitler gewissermaßen am Ziel: Ein November 1918 stand wieder vor der Tür, und Hitler war in der Lage, ihn diesmal zu verhindern. Dazu war er entschlossen.

Nicht ganz zu übersehen ist dabei aber bereits zu diesem Zeitpunkt der 1918 übermächtige, jetzt wieder auflebende Haß gegen die deutschen »Novemberverbrecher« - seine Landsleute. In »Mein Kampf« hatte Hitler mit ingrimmiger Zustimmung den angeblichen Ausspruch eines englischen Journalisten aus der Zeit nach 1918 zitiert: »Jeder dritte Deutsche ist ein Verräter.« Jetzt ließ er jeden Deutschen, der den naheliegenden und zutreffenden Gedanken aussprach, daß der Krieg verloren sei, und durchblicken ließ, daß er ihn zu überleben wünsche, gnadenlos aufhängen oder köpfen. Hitler war immer ein großer Hasser gewesen und hatte viel innere Freude am Töten gehabt. Die Hitlersche Haßkraft, der Mordtrieb in Hitler, der sich jahrelang an Juden, Polen und Russen ausgetobt hatte, wendete

sich jetzt offen auch gegen Deutsche. (S. 174)

Für die Frage, ob der Antisemitismus und das völkische Denken Hitler in den Sattel gehoben haben mag oder etwas anderes, ist die Antwort auf die Frage wichtig: „In welchem Zustand war damals die Republik?“

Seine Erfolge aber hat er sämtlich gegen Gegner errungen, die zu wirklichem Widerstand unfähig oder unwillig waren. Innenpolitisch hat er der Weimarer Republik den Todesstoß versetzt, als sie bereits ausgehöhlt und praktisch aufgegeben war. Außenpolitisch hat er das europäische Friedenssystem von 1919 erledigt, als es bereits von innen heraus erschüttert war und sich als unhaltbar erwiesen hatte. In beiden Fällen hat Hitler nur das schon Fallende gestürzt.

Auch hatte es Hitler in den dreißiger Jahren, anders als in den Zwanzigern und Vierzigern, personell durchweg mit schwachen Gegnern zu tun. Die deutschen Konservativen, die ihm die Nachfolge der Weimarer Republik eine Weile streitig machten, waren konzeptionslos, unter sich zerstritten und innerlich schwankend zwischen Widerstand gegen Hitler und Bündnis mit Hitler; ebenso zwischen Widerstand gegen Hitler und Bündnis schwankend waren die englischen und französischen Staatsmänner der späteren dreißiger Jahre, denen Hitler seine außenpolitischen Erfolge abgewann. Wenn man sich den Zustand Deutschlands im Jahre 1930, den Zustand Europas im Jahre 1935 und den Zustand Frankreichs im Jahre 1940 genauer ansieht, verlieren Hitlers Erfolge den Nimbus des Wunderbaren, den sie für die Mitlebenden hatten. Wir müssen uns also dieser Mühe unterziehen, auch wenn die Betrachtung mitunter von Hitler wegzuführen scheint. Ohne ein wenig Zeitgeschichte bleiben Hitlers Erfolge unverständlich.

Die Weimarer Republik war 1930 bereits am Ende, ehe Hitler im September seinen ersten großen Wahlerfolg errang. Die Regierung Brüning, im März gebildet, war bereits das erste der Präsidialkabinette, die den Übergang zu einer ganz anderen, wenn auch im einzelnen undurchdachten und undefinierten, Staats- und Verfassungsordnung bilden sollten. Anders als seine beiden Nachfolger Papen und Schleicher hielt sich Brüning noch am Rande der verfassungsmäßigen Legalität - die »Notverordnungen«, mit denen er regierte, wurden noch vom Reichstag »toleriert« -, aber eine Reichstagsmehrheit, wie sie die Verfassung voraussetzte, hatte schon Brüning nicht mehr hinter sich, und mit der Fiktion eines permanenten Notstands, der ihm erlaubte, ohne Reichstag zu regieren, hatte er die Weimarer Verfassung praktisch schon außer Kraft gesetzt. Es ist also ein Irrtum, wenn auch ein weitverbreiteter, daß erst Hitlers Ansturm die Weimarer Republik zu Fall gebracht hätte. Sie war schon im Fallen, als Hitler ernsthaft die Szene betrat, und bei den innenpolitischen Kämpfen der Jahre 1930-1934 ging es in Wirklichkeit nicht mehr um die Verteidigung der Republik, sondern nur noch um ihre Nachfolge. Die einzige Frage war, ob die bereits aufgegebenene Republik durch eine konservative - in letzter Konsequenz wohl monarchische - Restauration abgelöst werden sollte oder eben durch Hitler. (S. 62 f.)

Bei der Frage, wie wir unsere heutige Republik schützen können, müssen wir mit der Ver-

gangenheitsbewältigung nicht erst zu dem Zeitpunkt beginnen, ab dem Hitler eine Bedeutung bekam. Schon lange genügt es nicht, rechte Symbolik und rechtsextreme Vereinigungen zu verbieten, sondern wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass damals die Demokraten die Republik gegen die Mauer gefahren haben. Und wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, warum Hitler und die Parteigenossen durch so viele Bürger – die bald wieder Untertanen wurden – eine Zustimmung erfuhren. Dazu aber erst den nächsten Auszug aus dem Kapitel

Leistungen:

... In den ersten sechs Jahren seiner zwölfjährigen Herrschaft überraschte Hitler Freund und Feind mit einer Reihe von Leistungen, die ihm vorher fast niemand zugetraut hatte. Es sind diese Leistungen, die damals seine Gegner - 1933 immerhin noch eine Mehrheit der Deutschen - verwirrten und innerlich entwaffneten und die ihm in Teilen der älteren Generation auch heute noch ein gewisses heimliches Renommee verschaffen.

Vorher hatte Hitler nur den Ruf eines Demagogen gehabt. Seine Leistungen als Massenredner und Massenhypnotiseur allerdings waren immer unbestreitbar gewesen und machten ihn in den Krisenjahren, die 1930-1932 ihren Höhepunkt erreichten, zu einem von Jahr zu Jahr ernsthafteren Anwärter auf die Macht. Aber kaum jemand erwartete, daß er sich, an die Macht gelangt, bewähren würde. Regieren, sagte man, ist eben etwas anderes als Reden halten. ... (S.31)

...Unter diesen positiven Leistungen Hitlers muß an erster Stelle, alles andere in den Schatten stellend, sein Wirtschaftswunder genannt werden. Den Ausdruck gab es damals noch nicht; er ist erst für die überraschend schnelle Wiederaufbau- und Wiederankurbelungsleistung der Ära Erhard nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt worden. Aber er paßt noch viel besser auf das, was im Deutschland der mittleren dreißiger Jahre unter Hitler vor sich ging. Viel tiefer und stärker war damals der Eindruck, daß ein wirkliches Wunder vollbracht wurde, und daß der Mann, der es vollbrachte, also Hitler, ein Wundertäter war.

Im Januar 1933, als Hitler Reichkanzler wurde, gab es in Deutschland sechs Millionen Arbeitslose. Drei kurze Jahre später, 1936, herrschte Vollbeschäftigung. Aus schreiender Not und Massenelend war allgemein ein bescheiden-behaglicher Wohlstand geworden. Fast ebenso wichtig: An die Stelle von Ratlosigkeit und Hoffnungslosigkeit waren Zuversicht und Selbstvertrauen getreten. Und noch wunderbarer: Der Übergang von Depression zu Wirtschaftsblüte war ohne Inflation erreicht worden, bei völlig stabilen Löhnen und Preisen. Das ist später nicht einmal Ludwig Erhard gelungen.

Man kann sich die dankbare Verblüffung, mit der die Deutschen auf dieses Wunder reagierten und die insbesondere die deutsche Arbeiterschaft nach 1933 in hellen Haufen von der SPD und KPD zu Hitler umschwenken ließ, gar nicht groß genug vorstellen. Sie beherrschte in den Jahren

1936 - 1938 die deutsche Massenstimmung absolut und verwies jeden, der Hitler immer noch ablehnte, in die Rolle eines querulantisches Nörglers. »Der Mann mag seine Fehler haben, aber er hat uns wieder Arbeit und Brot gegeben« - das war in diesen Jahren die millionenfache Stimme der ehemaligen SPD- und KPD-Wähler, die noch 1933 die große Masse der Hitlergegner gebildet hatten.

War das deutsche Wirtschaftswunder der dreißiger Jahre wirklich eine Leistung Hitlers? Man wird die Frage trotz denkbarer Einwände wohl bejahen müssen. Es ist vollkommen richtig: Hitler war wirtschaftlich und wirtschaftspolitisch ein Laie; die einzelnen Einfälle, mit denen das Wirtschaftswunder in Gang gesetzt wurde, stammten größtenteils nicht von ihm, und besonders das halbsbrecherische Finanzierungskunststück, von dem alles abhing, war eindeutig das Werk eines anderen Mannes: seines »Finanzzaubers« Hjalmar Schacht. Aber es war Hitler, der Schacht holte - erst an die Spitze der Reichsbank, dann auch des Wirtschaftsministeriums - und ihn machen ließ. Und es war Hitler, der all die Ankurbelungspläne, die schon vor ihm existiert hatten, aber vor ihm eben aus allen möglichen, hauptsächlich finanziellen Bedenken gestrandet waren, aus den Schubladen holen und ins Werk setzen ließ - von den Steuergutscheinen bis zu den Mefowechseln, vom Arbeitsdienst bis zu den Autobahnen. Er war kein Wirtschaftspolitiker, nein, und er hatte sich nie träumen lassen, daß er auf dem Umweg über eine Wirtschaftskrise und mit der Aufgabe, eine Massenarbeitslosigkeit zu beseitigen, zur Macht kommen würde. Die Aufgabe war ganz und gar nicht auf ihn zugeschnitten; in seinen Plänen und politischen Gedankengebäuden hatte das Wirtschaftliche bis 1933 kaum eine Rolle gespielt, aber er besaß genug politischen Instinkt, um zu begreifen, daß es jetzt für den Augenblick die Hauptrolle spielte, und, überraschenderweise, auch genug wirtschaftspolitischen Instinkt, um, im Gegensatz etwa zu dem unseligen Brüning, zu erfassen, daß Expansion in diesem Augenblick wichtiger war als budgetäre und monetäre Stabilität.

Außerdem besaß er freilich auch, im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die Macht, mindestens den *Schein* monetärer Stabilität mit Gewalt zu erzwingen. Denn auch diese Schattenseite des Hitlerschen Wirtschaftswunders darf nicht übersehen werden: Da es sich inmitten einer fortdauernden Weltdepression abspielte und Deutschland zu einer Wohlstandsinsel machte, erforderte es die Abschottung der deutschen Wirtschaft gegen die Außenwelt, und da seine Finanzierung der Tendenz nach unvermeidlich inflationär war, erforderte es von oben auferlegte Zwangslöhne und -preise. Für ein diktatorisches Regime, mit den Konzentrationslagern im Hintergrund, war beides möglich: Hitler brauchte weder auf Unternehmerverbände noch auf Gewerkschaften Rücksicht zu nehmen, er konnte beide in der »Deutschen Arbeitsfront« zusammenzwingen und damit lahmlegen, und er konnte jeden Unternehmer, der ungenehmigte Auslandsgeschäfte machte oder die Preise seiner Ware erhöhte, ebenso ins KZ sperren wie jeden Arbeiter, der Lohnerhöhungen verlangte oder gar dafür zu streiken drohte. Auch insofern muß man das Wirtschaftswunder der dreißiger Jahre das Werk Hitlers nennen, und insofern waren sogar diejenigen in gewissem

Sinne nur konsequent, die um des Wirtschaftswunders willen auch die Konzentrationslager in Kauf nahmen. (S. 34 f.f.)

Aus dem letzten Absatz wird deutlich: a) Eine Wohlstandsinsel ist auch möglich in einem Meer von ökonomischen Krisen. b) Preisbindungen können nicht vor einer Entwertung der Währung schützen. Und c): Für die ökonomische Sicherheit verzichten Menschen auch auf die Demokratie und nehmen Konzentrationslager in Kauf (solange man dort nicht selber landet).

Das Schlimme an der Geschichte ist, dass die demokratischen Parteien, den wirtschaftlichen Erfolg Hitlers auch für sich verbuchen können, wenn sie in Währungsfragen nicht so blind gewesen wären und die Mehrheit der Wirtschaftswissenschaftler sich nicht als blinde Blindenführer erwiesen hätten. (Leider ein Zustand, der nach rund 90 Jahren auch noch zu beklagen ist.) Zu den Mängeln in der Wirtschaftswissenschaft kam hinzu, dass die Sozialdemokraten ideell am Marxismus gebunden waren, und deshalb die Geldreformer nicht verstehen konnten, sie aktiv bekämpften, sich dadurch selber das Grab gruben und die Deutschen massenweise den Nationalsozialisten in die Arme trieben. Wenn die Forschung ihren Auftrag gerecht geworden wäre, hätte sie für meine Aussage genügend Beweise finden können. Mir liegen als Hauptquellen für meine Aussage vor:

a) „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ von Gerhard Ziemer, 1971. (Dr. jur. Gerhard Ziemer, Jg.1904, war nach dem Krieg Mitbegründer und geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Lastenausgleichsbank in Bonn-Bad Godesberg.) Auszüge sind hier zu finden: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/26.2%20Bruening%20Auszuege%20Ziemer%20pur.pdf> Ziemer zitiert am Ende wie folgt:

Ich selbst empfinde bei der Erinnerung an diese Periode meines Lebens jetzt, nach dreißig Jahren, noch dieselbe Verzweiflung und Aufregung, die ich damals angesichts der offiziellen Geld- und Kredit-Politik verspürte; und dasselbe Gefühl der ohnmächtigen Wut darüber, daß unser Kampf erfolglos war, nicht - das hat wohl die spätere Entwicklung bewiesen – weil unsere Argumente falsch waren, sondern weil die Gegner wegen ihrer offiziellen Stellung oder auch nur wegen ihres Alters und angeblich größeren praktischen Erfahrung ein höheres Prestige genossen als wir Jüngeren, die obendrein noch vielfach Theoretiker waren.« (S. 229 / 231)

b) „Gegen den Strom“ von Johannes Schuman, 1986, (Schumann, Jg. 1902, war Lehrer und

Funktionär der SPD und wurde wegen seiner Versuche, die SPD auf einen Kurs gegen die Deflation zu bringen, aus der Partei ausgeschlossen. Auszüge in:

„Zu dem Verrat der Demokratie und der Liberalität durch die amtierenden Demokraten und über das Elend der theoretischen und praktischen Ökonomie als Ursache des Mordens, des Hungers und der Fluchtbewegungen in der Welt“ / Beiträge in Form eines Blogs / > Quellen und Reflexionen < / Text147.0.2 / Ab Seite 175.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/147.0.2.Verrat.und.Elend.in.Politik.u.Oekonomie.Quellen.u.Reflexionen.pdf>

In meinem Briefwechsel mit dem Staatsanwalt Fritz Bauer aus dem Jahr 1963 habe ich das Thema schon mal erörtert. (https://de.wikipedia.org/wiki/Fritz_Bauer) Siehe ab Seite 9 unter: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/55.7%20Die%20etwas%20andere%20Sicht.Anhang%207.pdf> Bauer verweist darauf, dass neues Wissen, immer eine Weile braucht, um wirksam zu werden. Aber das Wissen um die Mängel in der Währungsverfassung und Währungspolitik lagen da schon seit der Wende vom 19. auf das 20. Jahrhundert vor und sind bis heute noch nicht voll aufgenommen worden.¹⁷ Dieses Versagen der Wirtschaftspolitik und der Wirtschaftswissenschaft hat nach Hitler weiterhin negative Wirkungen gehabt wie vor Hitler und wird weitere haben. Es gibt nämlich Probleme, die erst dann aufhören zu wirken, wenn sie gelöst sind.

c) „Geheime Mächte“, von Will Noebe, 1965. (Dr. Will Noebe war Herausgeber der Zeitschrift Telos http://www.tristan-abromeit.de/pdf_bibliothek/56.39.4%20Noebe%20Telos-%20Buchtitel.pdf , Verfasser von „Wie es wirklich war / 7 ½ Jahre politischer Gefangener des N.K.W.D. In Ostdeutschland und Sibirien“, 1959 und „Um die Güter der Erde“ mit Abbildungen von Adam Smith, Karl Marx und Silvio Gesell auf der Titelseite. In „Geheime Mächte“ schildert Noebe die Rolle von Dr. Greely Hjalmar Schacht in der Weimarer Republik und unter Hitler. Ich greife hier auch auf einen älteren Text von mir zurück.

Die Bündnisgrünen und die Ökonomie - Über die Fehlleistungen der Wirtschaftswissenschaft und -politik - Offener Brief an Jürgen Trittin MdB von Tristan Abromeit 24. August 2011 www.tristan-abromeit.de Text 96.3 Dokumentation (Quellen) zum Thema Inflation und Deflation in der Weimarer Republik zum Text 96.1 „Ergänzungen“ Der Zusammenbruch der Goldwährung von Gustav Cassel, 1937 Auszug: Dr. Greely Hjalmar Schacht aus Geheime Mächte von Will Noebe, 1965 <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/96.3%20Doku.Noebe.Schacht.pdf>

Hjalmar Schacht kommt nicht nur im Urteil von Sebastian Haffner gut weg, sondern auch

17 <http://userpage.fu-berlin.de/~roehrigw/onken/gesell.htm>
<http://www.silvio-gesell.de/uebersicht-leben-werk.html>
<http://www.silvio-gesell.de/leseproben.html>

im Urteil von Gustav Cassel, ein international bekannter schwedischer Ökonom der damaligen Zeit. Der schreibt in seinem Buch „Der Zusammenbruch der Goldwährung“, deutsch 1937:

Was man auch immer von Dr. Schachts Währungspolitik und seiner Art, die deutsche Währung unter der nationalsozialistischen Regierung zu manipulieren, denken mag, man muß ihm auf jeden Fall das große Verdienst zuerkennen, daß er ein für allemal den Humbug, eine Währung mittels geliehener Goldreserven zu "stärken", entlarvt hat. (S.176).

Will Noebe beschreibt aber, dass Schacht der Hauptakteur bei der Wiedereinführung der Golddeckung der Währung war und dieses Gold auf Kreditbasis gekauft wurde und letztlich die Ursache für die wirtschaftliche Depression war, die durch die Deflation ausgelöst wurde. Noebes Aussage kann in dem oben angegebenen Text nachgelesen werden.

Ergänzung 2 (Gegenwart)

Heute, am 23. Oktober 2017, lauten die Schlagzeilen der HAZ auf der Titelseite „Kampf um die Macht in Barcelona“. „Doch Jamaika? Althusmann wirbt um die Grünen“¹⁸ und „EU-Kritiker gewinnt Wahl in Tschechien“. Die Seiten 2 und 3 füllen fast einen Artikel „10 Dinge, die Jamaika regeln muss“. Eine breite Spalte bleibt dann noch übrig, in der Martin Dahms den spanischen Regierungschef Rajoy mahnen darf:

„Wer den Rechtsstaat verteidigen will, muss die Regeln des Rechtsstaates selbst peinlich genau einhalten.“

und Christian Schüle, ein Autor aus Hamburg bringt gute Argumente gegen „Die Links-rechts-Idiotie. Die zehn Dinge, die eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und GRÜNE regeln muss, tragen die Überschriften:

1. Die eigenen Klimaziele einhalten
2. Die Spaltung Europas überwinden
3. Die Einwanderung neu regeln
4. Eine Steuerreform auf den Weg bringen
5. Die Wirtschaft wettbewerbsfähig halten
6. Den Pflegenotstand abwenden
7. Kriminalität und Terror bekämpfen
8. Das Bildungssystem leistungsfähiger machen
9. Bezahlbaren Wohnraum schaffen
10. Die Krankenversicherungen reformieren

Ich könnte nun die einzelnen beschriebenen Problemfelder und die Lösungsangebote der

¹⁸ Das bezieht sich auf die Wahl zum Niedersächsischen Landtag und die erforderliche Regierungsbildung.

Parteien dokumentieren und freiheitliche, dezentrale Lösungswege – reif für das Programm einer imaginären Partei - dagegensetzen. Das würde mich und die Geduld der Leser überfordern. Aber die zitierten Überschriften können den Rahmen meiner Einlassungen bilden, die mir bei der Meditation über das jeweilige Stichwort einfallen. Vorweg aber ein paar andere Anmerkungen:

Wenn ich versuche, eine andere, mögliche Politik und Gesellschaftsgestaltung sichtbar zu machen, dann meine ich nicht, dass ich gegen böswillige Dummköpfe anschreibe und mich selbst für eine Lichtgestalt mit einem klugen Kopf halte. Auch sehe ich die Menschen, die im Politikbereich wirken, nicht als egoistische, machtgeile Streber, die nach dem persönlichen Vorteil für sich oder ihre Partei streben. Die gibt es sicher auch, dürften aber eine kleine Minderheit sein. Bei der alten Frage, ob die Politik den Charakter oder der Charakter die Politik verdirbt, neige ich dazu, dass die Politik, wie sie heute betrieben wird, Opfer an guten Charaktereigenschaften fordert. Bei allem Streben nach Lösungen in der Politik ist die Form des Politikbetriebes keinesfalls eine Nebensache. Jede Politikform hat ihre eigene Logik. Die herrschende Politikform und ihre Logik ist die des Sozialdemokratismus, der sich nie ganz von der Zentralverwaltungswirtschaft – die ihm einst durch den Marxismus vermittelt wurde – lösen konnte und nie so richtig zu dem dezentralen Weg der Verkehrswirtschaft hingefunden hat. Dieser Sozialdemokratismus ist von dem Glauben geprägt, alle Probleme der Gesellschaften ließen sich durch das Nehmen und Geben per Gesetz beheben und es sei daher überflüssig nach den Ursachen der ökonomisch bedingten Verwerfungen in den Gesellschaften zu forschen. Die Sozialdemokraten, die in der letzten Wahl zum Bundestag die Verlierer waren, sind daher die eigentlichen Gewinner, denn ihr Politikmodell haben sie mehr oder weniger allen Parteien vererbt. Eine Koalition nach dem Jamaika-Modell ist daher auch nicht von vornherein zum Misserfolg verdammt, denn die Koalitionäre vereint mehr, als sie selber annehmen. Eine solche Koalition wird aber auch keine Kraft haben, Deutschland oder Europa wesentliche Erneuerungsimpulse zu geben, dazu müssten erst andere Inhalte in die Köpfe ihrer Mitglieder kommen – die kommen aber nicht von selbst. Das Leiden der Freiheitlichen, Libertären (oder wie man sie sonst benennen mag) besteht darin, dass diejenigen, die durch Werdegang, Begegnungen, Literatur und eigenes Nachdenken den dezentralen Lösungsweg für politische Probleme kennen gelernt haben, zu wenige sind und auch keine großen Erfolge vorzeigen können, da dieser Weg eben so aussieht, wie ein Trampelpfad, der nur selten gegangen wird und von daher mit Dornen und Gestrüpp überwuchert ist. Dabei darf nicht übersehen werden, dass der Weg des Neoliberalismus (Chicagoer Prägung), der als ein freiheitli-

cher gedacht wurde, letztlich zu einem der Diktatur des Kapitals wurde, weil ihm wesentliche Elemente fehlen, die die Gleichheit in der Freiheit sichern. Das Vertrackte am Erkennen unterschiedlicher Wege ist, dass man sich immer viel gedankliche Mühe machen muss, um eine Aussage über seine jeweilige Gangbarkeit machen zu können. Und wenn sich ein Weg in der Politik durchsetzt, ist er nicht automatisch der bessere, denn wenn das so wäre, müsste man den mörderischen Weg der Nationalsozialisten ja auch als den richtigen anerkennen.

Ich komme zum Punkt 1: **Die eigenen Klimaziele einhalten**

Die Schwierigkeiten beginnen hier ja schon mit dem Begriff *Klimaziel*. Es suggeriert, dass wir Menschen uns unser Klima wählen oder gestalten können. Dabei ist schon die Vorstellung, dass wir Menschen das Klima „beeinflussen“ ja nicht unmittelbar allen einsehbar. Aber soviel mehr über Dinge in der Politik abgestimmt werden müssen, die von den Menschen nicht unmittelbar eingesehen werden können und daher den Aussagen der Experten geglaubt werden müssen, um so fragwürdiger werden demokratische Abstimmungen.

Es wurde ja viel darüber gestritten, ob wir überhaupt einen Klimawandel hätten. Neulich hörte ich in einem Radiobeitrag sinngemäß folgendes: „Der Klimawandel würde nicht mehr bestritten, aber der Streit unter den Wissenschaftlern ginge weiter, ob dieser von Menschen beeinflusst ist oder nicht.“ Da es in den vergangenen Jahrtausenden häufiger einen Klimawandel auf der Erde gegeben hat, ist doch die Frage, warum es ihn nicht jetzt oder in Zukunft geben soll. Und: Wenn es einen Einfluss des Menschen auf das Klima gibt, dann ist dieser doch durch eine lange Einwirkungszeit entstanden und kann nicht von heute auf morgen gestoppt werden. Maßnahmen zur Reduzierung des Einflusses auf das Klima müssen dann auch nicht im Hau-Ruck-Verfahren ohne Rücksicht auf andere politische Ziele durchgesetzt werden. Der Klimawandel erfordert aber Vorsorgemaßnahmen für den Fall, dass er so stark ist, dass er große Wanderungsbewegungen auf unserer Erde auslöst. Und solche Maßnahmen können leicht unsere Vorstellungskraft überfordern.

In den letzten Tagen bekam ich über einem grünen Verteiler folgende Nachricht:

Liebe Grüne,

die Fortschritt beim Klimaschutz werden vom Wachstum aufgeessen.

<http://www.resilience.org/stories/2017-10-20/theres-only-one-way-to-avoid-climate-catastrophe-de-growing-our-economy/>

Googleübersetzung in der Anlage

Hier wird deutlich gemacht, dass das Klimaziel nicht ohne Änderung der Ökonomie möglich ist. Im Text heißt es u.a.:

...Warum sind unsere Aussichten so düster? Laut den Autoren des Papiers ist es, weil die Kürzungen, die wir an den Treibhausgasemissionen vornehmen, durch das Wirtschaftswachstum mehr als ausgeglichen werden. In den kommenden Jahrzehnten werden wir die CO₂-Intensität (CO₂ pro BIP-Einheit) der Weltwirtschaft um etwa 1,9 Prozent pro Jahr reduzieren können, sagen wir, wenn wir hohe Investitionen in saubere Energie und effiziente Technologie tätigen. Das ist eine Menge. Solange die Wirtschaft jedoch weiter wächst, werden die Gesamtemissionen immer noch steigen. Im Moment steigern wir das globale BIP um 3 Prozent pro Jahr. Bei dieser Rate ist die Mathematik nicht zu unseren Gunsten; im Gegenteil, es schlägt uns ins Gesicht. ...

...Dies ist eine harte Pille zu schlucken. Schließlich ist das BIP-Wachstum im Moment das primäre politische Ziel praktisch jeder Regierung auf der Erde. Im Silicon Valley hoffen Tech-Optimisten, dass ein Wunder künstlicher Intelligenz es uns ermöglicht, die Wirtschaft um 3 Prozent oder mehr pro Jahr zu entkarbonisieren, sodass wir das BIP weiter steigern und Emissionen reduzieren können. Es hört sich wunderbar an. Aber denken Sie daran, das Ziel besteht nicht nur darin, die CO₂-Emissionen zu reduzieren - das Ziel ist es, sie drastisch und schnell zu reduzieren. Wie schnell, genau? Die Klimawissenschaftler Kevin Anderson und Alice Bows sagen, dass die reichen Nationen, wenn wir eine Chance von nur 50 Prozent unter 2 Grad haben wollen, die Emissionen ab 2015 um 8-10 Prozent pro Jahr senken müssen. im Hinterkopf sind wir bereits zwei Jahre alt, und unsere Emissionsreduktionen waren bisher auf Null. ...

... Es klingt auf den ersten Blick schrecklich. Es klingt nach Sparmaßnahmen oder freiwilliger Armut. Schließlich wurde uns jahrzehntelang gesagt, dass das BIP-Wachstum gut ist, dass es wesentlich ist, Fortschritte zu erzielen, und dass wir mehr brauchen, wenn wir die Armut auf der ganzen Welt ausrotten wollen. Der einzige Grund, warum wir alle das BIP-Wachstum verfolgen, ist, dass wir glauben gemacht haben, dass dies die einzige Möglichkeit ist, die Einkommen und das Leben der einfachen Menschen zu verbessern. Aber es ist nicht.

Politiker und Ökonomen ranken sich um das BIP-Wachstum, weil sie eine Umverteilung bevorzugen. Sie würden lieber den Kuchen anbauen, als sich mit dem unordentlichen Geschäft zu befassen, das zu teilen, was wir bereits mehr haben, denn letztere neigen dazu, reiche Leute zu verärgern. Henry Wallich, ein ehemaliges Mitglied der US-Notenbank, machte dies deutlich, als er darauf hinwies, dass "Wachstum ein Ersatz für Gleichheit ist". Aber wir können Wallichs gieriges kleines Wort auf den Kopf stellen: Wenn Wachstum ein Ersatz für Gleichheit ist, dann kann Gleichheit ein Ersatz für Wachstum sein. Indem wir das teilen, was wir bereits gerechter haben, können wir zusätzliches Wirtschaftswachstum überflüssig machen.

In diesem Sinne ist De-Wachstum gar nichts wie Sparmaßnahmen. Tatsächlich ist es genau das Gegenteil. Strenge bedeutet, die Sozialausgaben zu senken und die Steuern auf die Reichen zu senken, um - angeblich - die Wirtschaft wachsen zu lassen. Dies hat vernichtende Konsequenzen für das Leben der einfachen Menschen. Im Gegensatz dazu fordert De-Growth, die Exzesse der Reichsten zu reduzieren, während bestehende Ressourcen umverteilt und in soziale Güter investiert werden - Universal Health Care, Pflege, Bildung, erschwingliches Wohnen etc. Der ganze Punkt ist, das menschliche Wohl zu erhalten und sogar zu verbessern, ohne eine endlose wirtschaftliche Expansion zu erfordern. De-Growth ist eine Philosophie, die darauf besteht, dass unsere Wirtschaft für uns alle mehr als genug ist - wenn wir nur lernen, sie zu teilen. Ein einfacher Weg, dies zu tun, wäre, ein universelles Grundeinkommen aufzubauen und es zu finanzieren neue progressive Steuern - Steuern auf Kohlenstoff, auf Land, auf Ressourcenverbrauch, auf Finanztransaktionen und so weiter. Dies ist der sinnvollste und eleganteste Weg, um unsere Fülle zu teilen, und es bringt einen zusätzlichen Vorteil: Wenn das Grundeinkommen hoch genug ist, wird es die Menschen davon abhalten, unnötige Arbeitsplätze zu verlassen, die unnötigen Stoff produzieren, unser Planet. Kulturell bedeutet De-Wachstum nicht, dass wir den Vorrat an Sachen, die wir bereits haben, als Nation loswerden: Häuser, Möbel, Schuhe, Museen, Eisenbahnen, was auch immer. Es bedeutet nicht einmal, dass wir aufhören müssen, neue Sachen zu produzieren und zu konsumieren. Es bedeutet nur, dass wir die Menge an neuem Material, das wir jedes Jahr produzieren und verbrauchen, reduzieren müssen. Wenn man es so sieht, ist es wirklich nicht so bedrohlich. Wenn wir pro Jahr um 5 Prozent degressieren (was nach Meinung der Wissenschaftler notwendig ist), müssen wir unseren Verbrauch an neuem Zeug um 5 Prozent senken. Es ist leicht, das wieder gut zu machen, indem wir nur Sachen reparieren und wiederverwenden, die wir bereits haben. Und wir können diesen kreativeren Ansatz fördern, indem wir die Werbung einschränken, wie Sao Paulo, Chennai und andere Städte. Natürlich gibt es tiefere, strukturellere Dimensionen unserer Wirtschaft, die wir ändern müssen. Einer der Gründe, warum wir Wachstum brauchen, ist, all die Schulden, die in unserer Wirtschaft schwappen, auszugleichen. Tatsächlich basiert unser gesamtes Geldsystem auf Schulden: Mehr als 90 Prozent der in unserer Wirtschaft zirkulierenden Währung sind Kredite, die von Geschäftsbanken aus der Luft geschafft werden. Das Problem mit Schulden ist, dass es mit Zinsen kommt, und Zinsen zu einem zusammengesetzten Zinssatz zahlen müssen, müssen wir jedes Jahr mehr und mehr arbeiten, verdienen und verkaufen. In diesem Sinne heizt jeder Dollar neues Geld den Planeten auf. Aber stornieren Sie die Schulden und wechseln Sie in eine schuldenfreie Währung, und plötzlich müssen wir nicht unter diesem unerbittlichen Druck arbeiten. Es gibt bereits viele Ideen dafür. Noch müssen wir ehrlich zu uns sein: Die Stern-Review-Projekte gehen davon aus, dass der Klimawandel uns 5-20 Prozent des globalen BIP pro Jahr kostet, was unsere Wirtschaft gewaltsam zu verändern, und sie verursachen enorme menschliche Leiden. Die Stürme, die diesen Sommer über den Atlantik wehen, sind nur ein kleiner Vorgeschmack auf das, was kommen wird. Die Wahl ist klar: Entweder entwickeln wir uns in eine Zukunft jenseits des Kapitalismus oder wir werden keine Zukunft ha-

ben.

Hier wird deutlich, dass die Klimaschutzziele auch im Zusammenhang mit der Ökonomie stehen. Schon vor der Gründung der Partei DIE GRÜNEN, 1980, haben die freiwirtschaftlichen Gründer auf die Zusammenhänge von Kapitalismus und den Wachstumsdruck hingewiesen, wobei sie immer auf den Unterschied zwischen Kapitalismus und Marktwirtschaft verwiesen haben. 1993 hat Helmut Creutz, nachdem er schon x Vorträge – auch bei den Grünen, deren Mitgründer er war – zum Thema gehalten hatte, sein Buch „Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“ in erster Auflage im ersten Verlag vorgelegt. Er beschreibt auf rund 450 Seiten mit vielen Grafiken auf der Basis öffentlicher Daten die Zusammenhänge. Und arrogantes Denken der Grünen haben verhindert seine Aussagen zu prüfen. (www.helmut.creutz.de)

Jetzt, an dieser Frage eine Koalition scheitern zu lassen, ist wenig glaubwürdig. Das Wachstum ist deshalb zum Fetisch der Politik und der Wirtschaftswissenschaftler geworden, weil es vordergründig Arbeitslose in Arbeit bringt und hintergründig, weil ein Wachstum der Wirtschaft, den Verteilungskampf zwischen Arbeit und Kapital verschleiert. In einer alternden Wirtschaft wächst der Kapitalstock, der einen Anspruch auf Verzinsung - auf Rendite - geltend macht. Wächst die Wirtschaft und die Arbeit profitiert auch etwas davon, wird verschleiert, dass der größere Wachstumsanteil beim Kapital liegt. In Wirklichkeit hängt aber der Wohlstand in einer Volkswirtschaft von der Vollbeschäftigung ab und die kann man auch bei einem Minus-Wachstum haben.

In dem Beitrag oben wird auch auf die Problemfelder Schulden, Geld, Zinsen und Grundeinkommen eingegangen. Es heißt zum Beispiel:

Tatsächlich basiert unser gesamtes Geldsystem auf Schulden: Mehr als 90 Prozent der in unserer Wirtschaft zirkulierenden Währung sind Kredite, die von Geschäftsbanken aus der Luft geschafft werden.

Das ist ein Fehltrick, das aufgrund einer optischen Täuschung entstanden ist. Aber auch Täuschungen können zur wirksamen Politik werden, wenn sie nicht aufgeklärt werden. Wenn das stimmen würde, was im Zitat gesagt wird, müssten sofort alle Staatsanwälte in Marsch gesetzt werden, um alle Mitglieder von Bankvorständen zu verhaften, auch die von Sparkassen und Genossenschaftsbanken. Geld ist ein partieller Anspruch auf Güter im Markt, es repräsentiert also Eigentumsansprüche. Wenn Banken diese Ansprüche schaffen könnten, ohne selbst den Gegenwert in Gütern im Markt abzuliefern, dann wäre ihr Tun

Diebstahl, Geldfälscherei. Da aber mit dem Beitrag auf ein dubioses Verhalten der Wissenschaftspolitik und der Wirtschaftswissenschaften hingewiesen wird, ist die Behauptung eines Irrtums eine nützliche Tat. Sie macht einmal mehr die Fehlleitung von Forschungskapazitäten deutlich. Und diese Fehlleitung ist eine Fehlleistung, die wiederum mit Ursache dafür ist, dass die Idee vom vereinten Europa ihren Glanz verloren hat.

Natürlich besteht ein Zusammenhang zwischen Forderungen, Schulden und Zinsen. Wenn die Begriffsgruppe als Argumente für oder gegen etwas benutzt werden, muss man genau hinschauen, was gemeint ist. Sparen z. B. für eine spätere größere Anschaffung oder als Vorsorge für das Alter ist nur möglich, wenn auf der anderen Seite Menschen bereit sind, sich zu verschulden. Wenn z.B. Eltern ihren erwachsenen Kindern für die Gründung eines eigenen Hausstandes oder den Kauf eines Hauses aus ihren Rücklagen fürs Alter einen Kredit geben zu einem realen Zinssatz von Null (also mit Inflationsausgleich) und diese Kinder sich verpflichten, den Kredit ratenweise zur Altersversorgung der Eltern zurückzuzahlen, dann ist das vernünftigerweise kein Einwand zu erheben. Das Verschuldungsproblem entsteht tatsächlich durch den Zins und den ökonomischen Renten. Der Zins und besonders der Zinseszins bewirken, dass sich immer mehr Geldvermögen bei immer weniger Gläubiger konzentriert. Der Zwang der Haushalte mit Bedarf aber leeren Kassen führt dazu, dass sie sich immer mehr Menschen bei denen verschulden müssen, die volle Kassen aber keinen Bedarf haben. Da keine Real-Investitionen getätigt werden, wenn sie nicht wenigstens eine Rendite in Höhe des Zinses abwerfen, bestimmt der Zins die Höhe der Ausbeutungsrate der Arbeit. In der jetzigen Situation, wo die Zentralbank den Zins künstlich gegen Null gedrückt hat, funktioniert das Modell etwas anders. Das Anlage suchende Geld flieht in die Immobilien, was deren Preise treibt. Der Kostenanteil des Zinses für die Darlehen in der Wohnungsmiete oder im Kaufpreis fällt dadurch, aber der Kostenanteil für den Boden steigt in der Miete oder dem Kaufpreis. Wenn die Ursachen der Probleme nicht gelöst werden - beim Boden durch die Abschöpfung der Bodenrente, beim Zins durch eine Dauerkonjunktur - dann bleiben alle Maßnahmen, die sonst noch gehandelt unter 9. (**Bezahlbaren Wohnraum schaffen**) aufgeführt werden können, eine bürokratische Flickschusterei.

Der Zins ist neben der Ausbeutungsrate aber auch ein Preis für die Überlassung von Liquidität. Den Zins kann man daher nicht einfach wirksam verbieten, wie es die Kirchen in alten Zeiten versucht haben, aber er kann seine Preisfunktion auch dann ausüben, wenn das Angebot von Liquidität so groß ist, dass der Zins unter 3 % sinkt oder negativ wird. Es muss nur

für eine Umlaufsicherung des Geldes gesorgt werden, die gleichzeitig eine Rezession wirksam verhindert. Die Zusammenhänge sind über 100 Jahre bekannt. Statt dass die Politik die notwendigen Reformen einleitet, lässt sie lieber von der Zentralbank den Zins als Preis, also als Steuerungsinstrument, im Kreditmarkt außer Kraft setzen.

In dem obigen Beitrag aus dem Englischen steht auch etwas über das Grundeinkommen, das viel als gedankliche Fluchtburg aus Wirklichkeit benutzt wird. Ich wiederhole den Absatz hier, damit der Inhalt nicht erst oben gesucht werden muss.

De-Growth ist eine Philosophie, die darauf besteht, dass unsere Wirtschaft für uns alle mehr als genug ist - wenn wir nur lernen, sie zu teilen. Ein einfacher Weg, dies zu tun, wäre, ein universelles Grundeinkommen aufzubauen und es zu finanzieren neue progressive Steuern - Steuern auf Kohlenstoff, auf Land, auf Ressourcenverbrauch, auf Finanztransaktionen und so weiter.

Positiv zu verzeichnen ist, dass hier nicht von einem bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) gesprochen wird. Das BGE würde nämlich den Zusammenhang von Leistung und Ertrag trennen, was ökonomisch keine guten Folgen haben kann, eine neue Ausbeutungsform der Arbeit wäre und das Wirtschaften mit Moralien vergiften würde. Wenn aber das Grundeinkommen als ein Ausgleichseinkommen für die unterschiedliche Nutzung von Boden und Ressourcen gezahlt wird, die in der Höhe nicht fixiert werden kann, dann könnte sie durchaus segensreich wirken. Die Finanztransaktionssteuer – die ja nur als Finanzierungsquelle dienen und nicht die Spekulation verhindern oder eindämmen soll, wäre nicht erforderlich, wenn die Umlaufsicherung des Geldes eingeführt würde. Die Geldumlaufsicherung hat nämlich den Vorteil, dass sie mit zunehmender Wirkung die Rendite nach unten und den Arbeitsertrag nach oben drückt. Sie ist ein marktkonformes Instrument und keine bürokratische Maßnahme wie die Transaktionssteuer.

Ich komme zum Punkt 2: Die Spaltung Europas überwinden

Die Spaltung Europas beginnt doch schon zu einer Zeit, wo es doch noch gar nicht zusammengewachsen ist. Ich weiß nicht, ob es eine empirische Untersuchung der einzelnen Länder über ihre Motivation für eine Entscheidung für Europa gibt. Zu vermuten ist, dass die Beitrittsländer ihre Grenzen für ihre Entfaltung zu eng sahen. Im Osten Europas wollte man sich auf diese Weise wohl auch gegen den großen Nachbarn Russland absichern. Auch die Verlockung, in die Kasse der reicheren Länder greifen zu können, mag eine Rolle gespielt haben. Aber wohl kein Mitgliedsland wollte seine Eigenart, seine Selbstbestimmung gegen

eine Zentralregierung eintauschen. Gerade die östlichen Länder wollten wohl keine Anweisungszentrale Moskau gegen eine solche aus Brüssel eintauschen.

Mal anders gefragt: Wären die USA als Staat entstanden, wenn die Forderung gewesen wäre, dass die Länderparlamente und -regierungen sich total der Zentralregierung unterzuordnen hätten? Vermutlich nicht! Das die großenwahnsinnigen Zentralisten trotzdem so viel Einfluss in den USA haben, sollte Europa eine Warnung sein.

Eine Vergemeinschaftung der Schulden wird die europäischen Länder noch mehr in eine allgemeine Gegnerschaft bringen. Man sieht ja in Spanien und Italien, dass die Regionen nicht einmal für die Nationen die Zahlmeister sein wollen. Es ist durchaus berechtigt, dass naturgegebene Vor- und Nachteile finanziell ausgeglichen werden. Das kann am Besten durch die Abschöpfung der Bodenrente geschehen, die dann pro Kopf verteilt oder als alleinige Steuer – bei Streichung anderer Steuern - verwendet wird. Aber schlechte Ergebnisse von untauglichen Politiken durch die guten Ergebnisse erfolgreicher Politiken kompensieren zu wollen, ist ökonomisch unsinnig. Das gilt innerhalb der Staaten Europas, wie auch zwischen den Staaten.

In Bremen wurde kürzlich das siebzigjährige Jubiläum der Verfassung gefeiert. Bei den Reden dazu wurde hervorgehoben: „Freiheit ist Verfassungszweck!“ und das Wort vom „sozial gestaltenden Staat“. ¹⁹ Was ist aber an der Sozialgestaltung sozial, wenn Bremen diese Gestaltung auch durch den Bund-Länder-Finanzausgleich finanzieren muss. 1995 erhielt Bremen pro Einwohner 422 Euro, was bis auf das Jahr 2016 auf 1.034 € angewachsen ist²⁰. Es ergeben sich daraus Fragen, die auch für Europa gelten: Ist die Politik eines Landes sozial, wenn sie Bewohner anderer Länder dazu zwingt, die Rechnung dafür zu bezahlen. Ist die Politik sozial, die eine intensive Armenpflege betreibt, aber den Status der Armen nicht aufhebt oder ist die Politik sozial, die alles wegräumt, was den Arbeitswilligen in die Lage versetzt, sich selber zu helfen und in Wohlstand zu leben? Die Politik im Sinne der Wohlfahrts- oder Armenpflege sabotiert die Freiheit als Verfassungszweck. Dass den Kindern und Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht erarbeiten können, geholfen werden muss, ist selbstverständlich. Aber eine Sozialpolitik, die sich mit der Rolle der Armenpflege begnügt, ist eine Spaltungspolitik.

Ein weiterer großer Spaltpilz ist auch die Art der Politik, die heute gängige Praxis und die Förderung des Bürokratismus ist. Man kann sie als fiskalischen und normativen Interventionismus bezeichnen, die nur noch wenig mit dem zu tun hat, was eins mit Marktwirtschaft ge-

¹⁹ https://www.weser-kurier.de/bremen/bremen-stadt_artikel,-freiheit-ist-verfassungszweck-_arid.1660371.html

²⁰ <https://www.haushaltssteuerung.de/bund-laender-finanzausgleich-bremen.html>

meint war, die aus sich heraus einen Wohlstand stiftet. Immer mehr Bürokraten wollen den Preis als Lenkungsinstrument ersetzen durch Fördermaßnahmen, die eines Tages noch den Status von Zuteilungsmarken vergangener Zeiten im und nach dem Krieg erreichen werden. Wenn ich z. B. hier am Steinhuder Meer an einem Steg lese: „Gefördert durch die Europäische Union!“ oder in der Zeitung lese, dass eine kommunale Maßnahme ganz aus EU-Mitteln finanziert wird, dann kann einen das doch zu einem Anti-Europäer machen. Was bedeuten denn diese Förderungen? a) Die EU hat das Geld für die Förderung von den Staaten und diese von den Regionen vorher eingetrieben und dass vermutlich jeder „gespendete“ Euro mit der doppelten oder dreifachen Summe an Verwaltungskosten belastet ist. b) nimmt diese Art Politik und Förderung den Kommunen und Regionen das Selbstvertrauen in die eigene Gestaltungskraft und damit ihren Stolz und ihre Würde.

Auch die bevormundende Normierung von Herstellungsverfahren - und Nutzungsgeboten sind Gift für die Liebe zu Europa. Normierungen von Gütern und Leistungen haben durchaus einen Sinn, wenn sie von Produzenten und Anwendervereinigungen beschlossen werden und die Anwendung ein Angebot für die freiwillige Nutzung ist. Aber sobald die EU-Behörde sie als Verordnung wie im Fall der Glühbirnen beschließt, sind sie ein Übel.

Die Themen Staatsverschuldung und die Euro-Währung tragen auch viel zu den Spaltungstendenzen und die Verhinderung von politischer Ökonomie in Europa bei. Dabei sind es weniger die Fakten, die die Wirkungen haben als viel mehr die Vorstellungen von den Ursachen und Wirkungen und ihren Schlussfolgerungen der Politik, die Europa zu schaffen machen. Weder der Konkurs von Banken noch der Konkurs von Staaten können den Euro gefährden, wenn er richtig gehandhabt wird. Daher sind auch keine europäischen Haftungsfonds für beide Sorten von Konkursen erforderlich. Den Euro kann man auch so gestalten, dass auch Großbritannien, die aus der EU austreten und die andern EU-Länder, die noch nicht im Euroverbund sind – unter Beibehaltung ihrer nationalen Währung – im Euroverbund mitmachen können. Das Spaltende in diesem Sektor sind falschen Vorstellung von Sachverhalten. Diese Klippe ist aber nicht leicht zu überwinden.

Ich komme zum Punkt 3: Die Einwanderung neu regeln

Die Themen Asyl, Flucht vor Krieg und Hunger und reguläre Einwanderung kann man wohl nicht immer sauber trennen. Die Politik muss sich einerseits auf die Ursachen der Wande-

rungsbewegungen und deren Überwindung konzentrieren und die Wirkungen im Inland und in Europa nicht aus den Augen verlieren. Es genügt nicht, nur den Waffenexport ²¹ einzustellen und Spenden für Hilfspakete zu organisieren, sondern die Länder, in denen Fluchtbewegungen und Migration vorhanden sind, benötigen Institutionen und Strukturen, die eine ge-
deihliche wirtschaftliche Entwicklung möglich machen. Dazu gehört auch eine weltweite Ressourcen-Politik, die nicht immer wieder Kriege auslöst. Da den Ländern eine Umprägung ihrer Gesellschaft nicht einfach übergestülpt werden kann, hilft da nur das Beispiel im eigenen Land. Wir sind aber noch weit weg von dem Status, der beispielgebend sein kann. Wir können andererseits nicht hinnehmen, dass die Herkunftsländer ihren Reformbedarf dadurch hinauszögern, dass sie einfach Teile ihrer Bevölkerung als Flüchtlinge „exportieren“.
Auf der anderen Seite kann man nicht jeden Widerstand gegen den Zuzug von Flüchtlingen und Einwanderern dadurch ihre Legitimität nehmen, dass dieser Abwehr pauschal als nationalistisch oder rassistisch bezeichnet wird. Offensichtlich ist es doch so, dass Menschen, egal welcher Ethnie sie angehören, sich wohl als Weltbürger verstehen können, aber doch ihre Bindung an Gewohntes und Vertrautes und dadurch ihre Identität benötigen. Eine Politik, die Veränderungen hier zu schnell oder zu umfangreich bewirken will, muss sich nicht wundern, wenn Hass und Abgrenzung in ihrem Wirkungsbereich zunehmen. In einer Situation, wo die Not der Flüchtlinge präsent ist und die andersartige Not der Einheimischen nur latent vorhanden ist, darf eine Politik nicht nur durch das Mitleid mit denen geprägt sein, die zu uns rein möchten, vor allem darf sie nicht aus den Augen verlieren, wer die Kosten zu tragen hat. Die Finanzierung über die Staatskasse verschleiern die Vorgänge, auch dann oder besonders, wenn die Vorgänge mit dem Begriff *Solidarität* betitelt werden. Solidarität ist eine Eigenschaft, zu der eine Privatperson fähig ist, aber nicht der Staat. Man stelle sich einmal die Empörung vor, das ein Gerichtsurteil auslösen würde, das einen Mann oder einer Frau mit der Begründung zwingen würde, Alimente für die Kinder der Nachbarn zu zahlen, weil diese Not leiden würden. Aber so verhält sich der Staat mit der praktizierten Flüchtlingspolitik. Ich hatte neulich eine Übersicht darüber auf dem Bildschirm, wo, wann, wer die Kosten der Einwanderung getragen hat. Die Aussagen waren sehr unterschiedlich. Es hat Zeiten und Orte gegeben, wo Einwanderer eine Prämie erhalten haben und solche, wo sie viele Jahre die Schulden, die sie für die Einwanderung gemacht haben, abzahlen mussten.

21 Was mich besonders betrübt, ist, dass Israel nach USA und Russland der drittgrößte, nach anderen Schätzungen der 9 größte Waffenexporteur ist. <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-12/israel-waffengeschaefte>. Was da besonders unverständlich ist, dass Deutschland einen Kauf von drei atomwaffenfähigen U-Booten durch Israel, die das Militär nicht braucht, mit 500 Millionen Euro fördert. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundesregierung-genehmigt-u-boot-deal-mit-israel-a-1155229.html>

Man darf bei dem Thema nicht vergessen, dass das soziale Sicherungssystem und die öffentlichen Einrichtungen und Strukturen bei uns nicht vom Himmel gefallen sind, sondern sie wurden durch privaten Fleiß, oft verbunden mit Verzicht auf Lebensgenuss in Jahrzehnten geschaffen. Und für viele blieb dabei der eigene Tisch nur dürftig gedeckt. In einer solche einer Situation können nur ungewöhnliche Charaktere noch freudig Gäste an ihren Tisch bitten.

Das Ideal ist die Freizügigkeit aller Menschen auf dem gesamten Globus, die nicht durch Grenzen ausgebremst werden kann. Diesem Ideal können wir uns aber nur schrittweise nähern und zwar dann, wenn zwischen zwei Ländern die abstoßenden und anziehenden Kräfte der jeweiligen sozialökonomischen Systeme saldiert Null ergeben. Das heißt, es ist egal, wo einer sich nähren will. Er muss sich in beiden Ländern gleich viel anstrengen und kann diese Last in keinem der zum Vergleich stehenden Länder auf andere abwälzen.

Bei der Einwanderung von Fachkräften ist auch zu beachten, dass sie bei uns tendenzielle Lohndrücker sind und im Herkunftsland, das die Kosten der Ausbildung zum Spezialisten ja getragen hat, die Entwicklung verzögert.²² Es wäre für alle betroffenen Länder vorteilhafter, wenn Unternehmer, die hier keine Arbeitskräfte mehr finden, dort hingehen würden, wo sie diese unterhalb des deutschen Lohnniveaus – zu finden sind. Das könnte auch zum Abbau des Exportüberschusses dienen. Das hätte auch schon in den Zeiten gemacht werden können, als die Gastarbeiter besonders aus Italien und der Türkei zu uns kamen. Dass die damalige Überkonjunktur monetär verursacht wurde, wird auch viel zu wenig bedacht. Die DM war in dem damaligen internationalen Währungssystem von Bretton Woods mit fixierten Wechselkursen unterbewertet und die Bundesbank war zum Ankauf der Devisen zu einem vorgegebenen Kurs verpflichtet. Das wirkte sich für die deutschen Exporteure und für die ausländischen Investoren wie Förderprämien aus. Aber da nichts nirgendwo herkommt, mussten die Inländer mit einem inflationären Kaufkraftverlust auf ihre geldwerten Forderungen dafür bezahlen. Aus dieser Zeit stammen auch die Goldvorräte der Bundesbank, die den deutschen Sparern gehören, für die Sicherung des Euros nicht gebraucht und – wenn es mit rechten Dingen zugeht - auch nicht verwendet werden dürfen. Eine Übertragung auf die deutschen Rentenkassen wäre die beste Verwendung des Goldes und könnte die Bürde der Rentenlast auf die jungen Generationen mildern helfen.

²² Das war ja einst mit ein Grund zum Mauerbau, mit dem sich die DDR vor der Abwanderung schützen wollte.

Nicht vergessen werden darf, dass die Einwanderung auch eine bodenrechtliche Komponente hat. Durch die Zuwanderung wird der Boden noch knapper, als er jetzt schon ist. Die Wirkung ist, die Bodeneigentümer werden bereichert, die Menschen, die kein Bodeneigentum haben, müssen für seine Nutzung mehr zahlen und werden dadurch entreichert. Und nicht zu übersehen ist auch die ökologische Komponente der Zuwanderung. Der verdichtete Siedlungsraum Deutschland wird durch die Zuwanderung noch mehr verdichtet. Der Naturschutz wird noch schwieriger, als er jetzt schon ist.

Ich komme zum Punkt 4: Eine Steuerreform auf den Weg bringen

Das ist sicher ein schwieriges Vorhaben, denn wenn eine Steuerreform – die ihren Namen verdient - wirklich gelingen würde, wäre der ganze Berufsstand der Steuerberater arbeitslos und die Finanzämter könnten auch noch viel Personal einsparen. Wenn man dann noch entdecken würde, dass man mit den Steuern gar nicht so gut die Wirtschaft steuern kann, wie man sich immer wieder einbildet, dann könnte in den betreffenden Ministerien auch noch ein wesentlicher Teil des Personals abgebaut werden. Damit das nicht passiert, werden die Betroffenen sich verabreden und ein paar Vorschläge machen, die optisch eine Vereinfachung sind, in Wirklichkeit aber die Kompliziertheit erhalten oder noch vergrößern. Um ein solches Verhalten zu verhindern, müssten die Abgeordneten sich entschließen, ein einfaches Modell zu importieren oder von Fachleuten entwickeln zu lassen, die durch die Vereinfachung keinen Verlust, sondern einen (Honorar-)Ertrag hätten.

Neben der Vereinfachung des Steuersystems wäre natürlich auch eine größere Gerechtigkeit in der Steuerlast erforderlich. Dem Gebot der Gerechtigkeit folgt gleich die Steuerbescheidenheit. Die Steuerbescheidenheit des Staates hat aber nur dann eine Chance der Realisierung, wenn das Parlament (auch mit der Hilfe des Verfassungsgebers im Sinne direkter Demokratie) die wirtschaftlichen Probleme löst und den Staat von Aufgaben befreien würde, die effektiver im privatrechtlichen Rahmen erledigt werden können.

Bevor man anfängt zu planen, müsste man sich klar werden, dass die Rückverteilung von Kapitaleinkommen auf das Arbeitseinkommen ohne Geldreform und ökonomischer Neutralisierung der ökonomischen Renten nicht klappen kann. Denn bei einer zu hohen Besteuerung des Kapitaleinkommens, die eine dem Kapital zufriedenstellende Rendite unmöglich macht,

würde das Kapital streiken. Der Staat müsste dann das Steuereinkommen, das er durch Abschöpfung des Kapitaleinkommens gewonnen hat, wieder als Subventionen ausgeben, damit das Kapital seinen Streik beendet.

Bei der Mehrwertsteuer, eine wesentliche Ursache der Schwarzarbeit, die dazu beiträgt, dass unser Staat sich zu einem polizeilichen Überwachungsstaat entwickelt, ist folgendes zu bedenken: Der Endverbraucher zahlt letztlich die Mehrwertsteuer, aber sie schmälert den Unternehmen die Ertragsmarge. Das ist so, weil der kalkulierte Nettopreis plus der Mehrwertsteuer in der Regel den Preis bildet, den das Unternehmen im Markt durchsetzen kann. Anders ausgedrückt: Die Unternehmen, die ihren kostendeckenden Preis plus Mehrwertsteuer im Markt nicht durchsetzen können, fliegen aus dem Markt raus. Ohne Mehrwertsteuer hätten diese Unternehmen noch eine Chance. Noch anders ausgedrückt, Unternehmen, die jetzt unter einem Mindestlohn ächzen, könnten ohne Mehrwertsteuer oder bei einem niedrigen Mehrwertsteuersatz im Markt bestehen und wahrscheinlich auch einen Normallohn zahlen.

Karl Walker, Verfasser einer Reihe von Büchern zur Demokratie, Wirtschaft und Währung, hat 1972 ein Gutachten zur Mehrwertsteuer geschrieben, das unter dem Titel *Milliarden-Vergeudung durch die Mehrwertsteuer* im Holsten Verlag erschienen ist. Er weist nach, dass dem Fiskus durch die Mehrwertsteuer, wie sie gestaltet wurde, Milliarden an Steuereinnahmen verloren gehen und die Steuersätze viel niedriger sein könnten, wenn die ungerechtfertigten Abflüsse verhindert würden. Außerdem klagt er an, dass die Mehrwertsteuer als protektionistische Exportförderung missbraucht wird. Er hat das Gutachten auf seine Kosten an die maßgebenden Ministerien geschickt. Aber einer deutschen Ministerialbehörde etwas vorzutragen, ist so wirksam, als würde man sein Anliegen einem Vierbeiner vortragen. Nach seinem Tode habe ich die Restauflage des Buches in norddeutschen Universitäten verteilt und einzelne Exemplare an mögliche Interessenten geschickt. Bis heute habe ich noch keine zustimmende oder widerlegende Stellungnahme gesehen. Es ist ja möglich, dass Walker, den ich als nüchternen und genauen Denker kennengelernt habe, sich geirrt hat. Aber wenn man bedenkt, dass bei einer Unterschlagung von 1000 Euro gleich ein Staatsanwalt in Marsch gesetzt wird, damit er den Fall untersucht, dann muss man doch annehmen, dass in einem Fall in dem durch Leck im Steuersystem Milliarden an Verlusten entstehen, keine Untersuchungen erfolgen, ein Absicht dahinter steht.

Als ich jetzt das Gutachten zur Hand nahm, um meine Erinnerungen an den Vorgang aufzu-

frischen, kam mir ein sechsseitiger „Gemeinsamer Appell an Parlamente und Regierungen“ vom Bund der Steuerzahler und vom Bund Deutscher Steuerbeamter vor Augen. Er trägt den Titel „Schafft einfache Steuergesetze“. Er ist ohne Datum, muss aber aus dem Anfang der siebziger Jahre stammen. Er ist unterzeichnet von Dr. V. Muthesius für den Bund der Steuerzahler und von H. Fredersdorf, Bundesvorsitzender des Bundes Deutscher Steuerbeamten. Aus heutiger Sicht ist der Appell ein Zeugnis des Versagens des Bundestages. Man muss ziemlich leichtgläubig sein, wenn man annimmt, dass der neue Bundestag eine Steuerreform auf den Weg bringt.

Ich komme zum Punkt 5: Die Wirtschaft wettbewerbsfähig halten

Wenn von Wirtschaft die Rede ist, ist im Allgemeinen oder im Speziellen der Handel, das Handwerk, sonstiges Gewerbe, die Industrie und / oder der Finanzsektor gemeint. Wer es genauer nimmt, erwähnt auch noch die Landwirtschaft. Der auf die Personen bezogene zahlenmäßig größte Sektor der Wirtschaft, die Arbeitnehmerwirtschaft, ist meistens nicht eingeschlossen, wenn der summarische Begriff von der Wirtschaft benutzt wird. Wie man die Bereiche der Wirtschaft auch sortiert, sie alle erfordern bei der politischen Einwirkung und Gestaltung große Sorgfalt und vertragen kein Hü und Hott mit jedem Regierungswechsel.

Die Forderung „die Wirtschaft wettbewerbsfähig“ zu halten, klingt eingängig, ist es aber bei genauerer Betrachtung gar nicht. Als pauschaler Auftrag an die Regierung oder das Parlament, ist die Forderung gar nicht einlösbar. Um einen solchen Auftrag überhaupt angehen zu können, müsste erst geklärt werden, ob er binnenwirtschaftlich oder außenwirtschaftlich gemeint ist. Dann müssten die unterschiedlichen Branchen nach Wettbewerbsvorteilen und -nachteilen untersucht werden. Wenn das geschehen ist, wäre es erforderlich herauszufinden, ob die festgestellten Nach- oder Vorteile künstlicher oder natürlicher Natur sind. Wenn die Regierung oder der Bundestag bei einzelnen Branchen abweichend von der Normalausstattung Wettbewerbsvorteile oder -nachteile feststellt, steht noch nicht fest, ob es auch sinnvoll ist, hier gesetzgeberisch einzugreifen. Wenn aber festgestellt wird, dass solche Vor- oder Nachteile durch gesetzgeberische Akte oder durch ihre Unterlassung entstanden sind, dann muss der Gesetzgeber, wenn er Diener des Volkes (oder des Ganzen) sein will, auch tätig werden. Bei der Währungsverfassung, im Bodenrecht und im Patentrecht ist das deutlich zu erkennen.

Wenn eine im Markt schrumpfende Branche nicht mit den Spitzenlöhnen, die in einer expandierenden Branche bezahlt werden, mithalten kann, dann besteht für den Staat kein Grund in der schwachen Branche einzugreifen, auch nicht in der Form von Lohnersatzleistungen, die die Niedriglöhne ausgleichen sollen. Unternehmen, die keinen ordentlichen Lohn zahlen können, sind mit dem falschen Produkt oder der falschen Dienstleistung am Markt. Wenn Dienstleister wie Friseure betroffen sind, deren Kunden zu einem großen Teil im Niedriglohnsektor oder am Tropf von Harz IV hängen, stimmt die vorherige Erklärung nicht. Dass es aber überhaupt einen auffälligen Sektor des Niedriglohn gibt, hat seinen Grund im Versagen des Bundestages, denn ein solcher Zustand ist nicht naturgewollt.

Die Außenwirtschaft, die ursprünglich eine der Binnenwirtschaft ergänzende Funktion hatte und heute häufig zu einem dominierenden Teil der Wirtschaft geworden ist, soll im Idealfall mit der Binnenwirtschaft unter gleichen Bedingungen konkurrieren. Aber ich habe schon darauf hingewiesen, dass die Außenwirtschaft in früheren Jahrzehnten durch währungsbedingte Subventionen hoch gepusht wurde und jetzt vermutlich über die Rückerstattung der Mehrwertsteuer subventioniert wird. Da kann von einer Chancengleichheit der Bereiche nicht gesprochen werden. Darüber hinaus werden die Erfolge in der Außenwirtschaft vor allem mit dem Export des Maschinenbaus eingefahren. Der Export erfolgt aber auch oder vorwiegend in Billiglohn-Länder. Dort werden die Maschinen eingesetzt, um mit Arbeitern, die mit einem Hungerlohn abgespeist werden, Gebrauchsgüter herzustellen, die dann bei uns verkauft werden. Mit diesen Preisen können dann die binnenländischen Produzenten von Gebrauchsgütern in Deutschland oder auch in den USA nicht mithalten, müssen einheimische Arbeitnehmer entlassen und aus dem Markt aussteigen. Ein umgekehrtes Beispiel ist die Subvention des Exportes von landwirtschaftlichen Produkten, die den Landwirten in den Ländern, wo diese Produkte auf dem Markt zu Preisen angeboten werden, die die Existenz der inländischen Produzenten unmöglich machen. Die Welt ist voller Ungleichgewichte, die Spannungen in und zwischen den Völkern hervorrufen, die dann zu Kriegen oder zu unerwünschten Wanderungsbewegungen führen. Wirtschaftspolitik wird zunehmend auch zur Außen- und Friedenspolitik.

Ich habe damit noch nichts zur Arbeitnehmer-Wirtschaft und den Gewerkschaften gesagt. Meine Zurückhaltung ist damit begründet, dass die beste Interessenvertretung der Arbeitnehmer die Vollbeschäftigung ist. In Zeiten der Vollbeschäftigung können die Arbeitnehmer am

besten Arbeitszeitverkürzungen, Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingen durchsetzen, und zwar bis an die Grenze des für das Unternehmen wirtschaftlich Vertretbaren. Das geht alles ohne Streik und Gewerkschaften. Und an ein Modell, in dem die Gewerkschaften sich mit einer Nebenrolle zufrieden geben müssen, haben sie anscheinend kein Interesse. Zudem fehlt ihnen aufgrund ihrer ursprünglichen marxistischen Orientierung auch die Einsicht in die Bedingungen für eine Vollbeschäftigung. Es geht mir auch hier nicht darum, Personen zu diskreditieren. Für und in den Gewerkschaften wird viel ehrenamtliche und gute professionelle Arbeit geleistet. Aber wenn der Weg der Gewerkschaften richtig wäre, dann wären die Arbeitnehmer schon längs die Eigentümer der Industrieunternehmen, denn letztlich sind sie es, die die Werte erarbeiten, die Gegenstand der Spekulationen an der Börse und von Investoren sind. Die Weisheit gewerkschaftlicher Strategie besteht immer noch in dem Satz: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ In Wirklichkeit würden alle hungern, die das länger praktizieren. Die umgekehrte Weisung: „Räume alles aus dem Weg, was den vollen Lauf des Unternehmens behindert!“ wäre richtig. Die volle Beschäftigung übt nämlich einen Druck auf das Kapitaleinkommen zugunsten des Arbeitseinkommens aus. Der Streik ist daher ein anachronistisches Instrument und da wo er zu Lasten Dritter ausgeübt wird, sollte er regresspflichtig gemacht werden.

Am 13. Oktober 2017 berichtete die HAZ gleich an zwei Stellen darüber, dass die Bundeskanzlerin Angela Merkel sich auf dem Kongress der Industriegewerkschaft Bergbau, Energie und Chemie in Hannover zum Thema Tarifbindung geäußert hat. Ich kopiere die kurze Version ein:

Angela Merkel (63), Kanzlerin, hat die zunehmende Tariffucht vieler Unternehmen kritisiert. „Ich werde alles dafür tun, um die Tarifbindung in Deutschland wieder zu stärken und sie nicht weiter einzuschränken“, sagte die CDU-Politikerin beim Kongress der Industriegewerkschaft Bergbau, Energie, Chemie in Hannover. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der tarifgebundenen Unternehmen stetig gesunken. Nach Einschätzung von Merkel machen die wirtschaftlichen Herausforderungen mehr Kooperation nötig: „Ich halte die Sozialpartnerschaft in dieser Zeit, im 21. Jahrhundert, für mindestens so wichtig wie sie das in der Vergangenheit war.“

Ich weiß nicht, ob die Bundeskanzlerin durch ihre Aussage noch Arbeitnehmer zur Wahl der CDU bei der Landtagswahl am 15. 10. 2017 in Niedersachsen animieren wollte oder ob ihr Einsatz für die Tarifbindung ihre ökonomische Sicht widerspiegelt. Die Aussage ist jedenfalls in zweierlei Hinsicht töricht.

- a) Wenn ihre Förderung der Tarifbindung darin bestehen soll, dass Frau Merkel sie gesetzlich erzwingen will, dann gibt sie der Sozialpartnerschaft den Todesstoß, denn aus der Sozialpartnerschaft würde eine tarifliche Zwangsgemeinschaft.
- b) Es ist doch zu fragen, wem die Tarifbindung denn eigentlich nutzt. Ich gebe die Abschnitte 12 bis 15 (von insgesamt 53) aus einer Arbeit vom März 1970 wieder. Der Titel lautet: „Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument, die DAG-Gegenwartsforderungen – Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit – durchzusetzen“

12. Wenn die Löhne und die Arbeitsbedingungen im wesentlichen von den Arbeitsmarktverhältnissen bestimmt werden, dann muß man fragen, wem denn die Tarifverträge, insbesondere die Gehaltsgruppeneinteilung nützen. Mir scheint, die Hauptnutznießer sind die Arbeitgeber, weil sie sich nicht zu bemühen brauchen, die Arbeitsleistungen individuell zu bewerten. Und im Windschatten der Tarife lassen sich Arbeitsleistungen leicht unterm Marktpreis einkaufen (Mitursache der wilden Streiks)

13. Da Tarifverträge auf Bundesebene abgeschlossen werden, können die regionalen und örtlichen Marktchancen nicht ausgeschöpft werden. Hinzu kommt, daß die Gewerkschaften bei der Gestaltung der Tarifgruppen die Arbeitsleitungen der Arbeitnehmer selbst differenzieren müssen, was sie objektiv nicht können.

14. Es ist darum nicht verwunderlich, daß die vorliegenden Tarifverträge den Verdacht aufkommen lassen, daß die Tarifgruppierung ein Spiegelbild der hierarchischen Denkstruktur der Mitglieder der Tarifkommissionen darstellt.

15. Es ist ernsthaft zu prüfen, ob die Gewerkschaften nicht besser auf den Abschluß von Tarifverträgen verzichten sollten und statt dessen den einzelnen Berufsgruppen monatlich örtliche und überregionale Arbeitsmarktanalysen mit Angaben über Haupt- und Nebenleistungen, sowie den Arbeitsbedingungen zu erarbeiten. Das hat den Vorteil, daß Tarifverhandlungen dann permanent (am Markt) geführt werden, keine Schere zwischen Tarif- und Effektivlöhnen entstehen kann, die Gewerkschaften nicht Punktrichter in eigener Sache sein müßten und daß die Inflationsrate nicht auf Kosten des Arbeitsertrages geht (womit eine von mehreren negativen Wirkungen der Inflation ausgeschaltet wäre).^{23 24}

Aus der Zeit der Vollbeschäftigung ist mir eine Äußerung zum Thema in Erinnerung, die Ge-

23 Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument, die DAG-Gegenwartsforderungen - Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit – durchzusetzen? (März 1970), die Seiten 9 bis 21 im Offener Brief vom 1. Mai 2001 / Agenda Niedersachsen 2001 / zweites <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/19.1.10%20OB%20Lt.%20Doku%2010.pdf> Zweiter Teil / Dokumentation 10

24 In dem Zusammenhang ist auch folgende Dokumentation interessant: Text 86.3.2: Ist der Streik ökonomisch sinnvoll und rechtlich unbedenklich? Ein Streit per Leserbriefe aus dem Jahr 1986 mit aktuellen Anmerkungen. Es ist eine Dokumentation über die Schwierigkeit, sich über Probleme der Sozialökonomie zu verständigen. Das Stichwort war damals: „Änderung des Arbeitsförderungsgesetzes“ <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/86.3.2%20LeserbriefeStreik.pdf>

org Leber als Vorsitzender der Gewerkschaft IG Bau-Steien-Erden zugeschrieben wird. Er setzte einen Tarifvertrag nicht mit der Drohung eines Streiks durch, sondern mit der Drohung keinen Tarifvertrag abzuschließen. Diese Drohung hat die Verhandlungsführer der Arbeitgeber weich gemacht, weil das bedeutet hätte, dass sie mit jedem Arbeitnehmer über die Höhe seiner Entlohnung hätten verhandeln müssen.

Wenn heute immer mehr Unternehmen aus der Tarifbindung ausscheiden, muss es dafür Gründe geben. Ein Grund könnte sein, dass die Tarife für Arbeitsleistung in letzter Zeit über den Lohndaten des Arbeitsmarktes abgeschlossen wurden, die dann die aus dem Tarifverband ausgeschiedenen Unternehmen in Bedrängnis gebracht haben. Ein zweiter Grund könnte sein, dass in den betreffenden Unternehmen zu viele Arbeitnehmer außertariflich oder oberhalb der Tarife bezahlt werden. Der dritte Grund könnte sein, dass diese Unternehmen die Chance nutzen wollen, untertariflich zu entlohnen und ihre Arbeitnehmer mit dem Hinweis auf die Aufstockung durch Harz IV trotzdem bei der Stange halten können.

In dem Bericht der HAZ über den Kongress der Industriegewerkschaft Bergbau, Energie, Chemie in Hannover ist auch zu lesen:

Merkel sprach sich vor den 400 Delegierten zudem für eine Forschungsförderung für kleine Unternehmen aus der Steuerkasse aus. Ohne die Entwicklung innovativer Ideen und Produkte drohe selbst ein Industrieland wie die Bundesrepublik zu einer „verlängerten Werkbank“ für andere aufstrebende Länder zu werden.

Das ist eine Politik, die alles immer undurchsichtiger macht, wer eigentlich gefördert wird und wer belastet wird. Wenn ein Forschungsbedarf für kleinere Unternehmen besteht und diese aus Steuermitteln finanziert werden soll, dann weiß man am Ende nicht, ob die Rentner, die Arbeitnehmer oder die Unternehmer selbst die Kosten der Finanzierung tragen müssen. Auch hier muss gesagt werden, dass der Staat keinen Euro als Zuschuss gewähren kann, den er nicht einen der genannten Gruppen oder allen vorher abgeknöpft hat. Besser wäre den kleinen Unternehmen damit gedient, dass sie auf den Seiten des Bürokratismus und bei der Besteuerung entlastet würden. Ansonsten ist es ihre Aufgabe, den eigenen Bedarf an Forschung selber zu initiieren, zu organisieren und zu finanzieren.

Ich komme zum Punkt 6: **Den Pflegenotstand abwenden**

Ich fasse mich hier kurz, nicht weil ich das Thema für unwichtig halte, sondern weil ich mehr Zeit verwenden müsste, um Vernünftiges zu sagen, als ich jetzt in der Lage bin. Zwar bin ich in einem Alter, in dem mir bekannte Altersgenossen von dem Pflegenotstand betroffen sind und ich hoffentlich nicht so schnell betroffen werde. Trotzdem ist es ja erforderlich, dass derjenige, der sich dazu äußert, erst einmal eine Vorstellung davon haben muss, warum in unserer Gesellschaft überhaupt ein so hoher Pflegebedarf besteht und ob dieser reduziert werden kann. Dann gilt es nach den Ursachen zu suchen, warum die Pflege so teuer ist und ob die die Kosten treibenden Elemente in der Rechnung reduziert werden können. Die weitere Frage ist dann, warum trotz der hohen Pflegepreise über die zu geringe Entlohnung des Pflegepersonals als Ursache für den Mangel an Pflegern geklagt wird. Dann müsste noch untersucht werden, ob vielleicht die Pflegeversicherung als kollektive Zwangsversicherung die Ursache von Fehlentwicklungen in diesem Bereich sein kann.²⁵

Ich komme zum Punkt 7: **Kriminalität und Terror bekämpfen**

Hier gibt es für mich wie unter Punkt 6 Gründe der Zurückhaltung. Allgemein kann ich sagen, dass die Ursachen für die Kriminalität nicht nur in der Schwäche der Menschen zu suchen ist, sich nicht an die allgemeinen Normen zu halten, sondern auch in der Art der Gesellschaftsgestaltung und in welchem sozialökonomischen Zustand Politik die Gesellschaft hält. Bei jedem Gesetz, das die Parlamente beschließt, sollten sie sich auch fragen, welche Wirkungen es auf die Kriminalstatistik haben wird. Ich habe schon an anderer Stelle auf Johann Heinrich Pestalozzi – nach dem viele Schulen benannt sind – hingewiesen, der die Gesetzgebung als Vergewaltigung der Menschen verurteilt hat. Im Terror sehe ich die neue Form des Krieges. Er ist die Antwort auf die Arroganz des weißen Mannes / des Westens, der lange auf die ganze Welt nach seinen Vorstellungen und Bedürfnissen eingewirkt und die nichtwestlichen Länder und ihre Bewohner als ihr Revier und Untergeordnete behandelt und gesehen

²⁵ Unter der Textziffer 28.2. ab Seite 7 ist ein Beitrag von mir unter dem Titel „Die geplante Pflegeversicherung: ein ordnungspolitischer Pflegefall“ aus dem Jahr 1991 zu finden.
<http://www.tristan-abomeit.de/pdf/28.2%20MdB%20Gruene%201.5.03%20Anhang%20II.pdf>

hat. Die Religionszugehörigkeit dient in diesen kriegerischen Vorhaben nur – wie bei den westlichen Ländern in vergangener Zeit – als Fahne, unter der man sich zum Angriff sammelt. Das heißt, der Umfang und die Dauer der Zeit des Terrors wird auch mit der Politik des Westens bestimmt. Mit militärischen und polizeilichen Mitteln alleine ist hier kein Sieg zu erringen.

Ich komme zum Punkt 8:

Das Bildungssystem leistungsfähiger machen

Was heißt es: Das Bildungssystem leistungsfähiger zu machen? Heißt es, den vor 300 Jahren in Preußen begonnen Weg des Schulzwanges zum guten Untertanen und Christen mit noch mehr Zwang auszustatten? Oder soll es unerwartet heißen, die Bildungsfreiheit als Mutter aller anderen Freiheiten zum Durchbruch zu verhelfen? Misst man die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems heute an der Verwendbarkeit der Menschen als Objekte, die gute Vollstrecker von Dienstanweisungen in den Behörden oder als genügsame Arbeitsbienen für die Unternehmen werden. Oder soll man Leistungsfähigkeit des Bildungssystems unerwartet an der Fähigkeit messen, das es Menschen als Subjekte sieht, die ihre eigene Lebensgestaltung in ihrer kurzen Zeitspanne, die sie haben, ihr Leben etwas glücklicher und selbstbestimmter zu durchschreiten. Den Erfolg eines Bildungssystems kann man nicht nur an der Beherrschung der Rechtschreibung, in der richtigen Anwendung der Grundrechnungsarten und heute in der Aneignung von Grundwissen der Digitaltechnik messen. Der Stand der leiblichen und seelischen Gesundheit, die Selbstmordrate und die Fähigkeit zum eigenen Urteil über das, was der Mensch heute in seiner Umwelt wahrnimmt, ist genauso wichtig. Dabei kann doch nicht übersehen werden, dass der Schulzwang nicht nur ein Widerspruch zu der propagierten freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht, sondern nicht einmal die von ihm erhoffte Alphabetisierung voll erfüllt. Das jetzige Bildungssystem beweist, dass wir noch immer Untertanen und noch nicht freiheitsfähig geworden sind. Wege zu einem Bildungssystem, das nicht im Widerspruch zu unseren Idealen Humanität und Freiheit steht, gibt es genug. Diese nutzen aber nichts, solange die Vorstellung vom Zwang als Voraussetzung einer guten Bildung in den Köpfen – nicht nur der Bildungspolitiker - verankert ist. Auf das Instrument des Bildungsguthabens für die Gestaltung eines freiheitlichen Bildungswesens habe ich schon hingewiesen. Diese Art der Bildungsfinanzierung – die ermöglicht, dass jede Bildungsein-

richtung ein autonomes Kulturunternehmen wird - muss aber eine zeitliche Begrenzung haben, die mit der Volljährigkeit zusammen fallen kann oder mit Vollendung des 21. Lebensjahres. Es ist aber keine allgemeine Wohltat, Studierenden das Studium unentgeltlich anzubieten und die Rechnung dann von denen begleichen zu lassen, die im Arbeitsprozess stehen und sich nicht aus dem Prozess des lebenslangen Lernens ausklinken sollen. Studiengänge und Qualifizierungsmaßnahmen müssen so gestaltet werden, dass ihre Kosten in wenigen Jahren leicht aus dem Arbeitsertrag nach dem Abschluss finanziert werden können oder aus dem Ertrag von z. B. 10 Stunden Erwerbsarbeit in der Woche. Dieses würde auch die Hochschulen und Universitäten mehr zu einer Rationalität in ihren Bildungsangeboten zwingen. Der Markt im Bildungswesen ist nur unter kapitalistischen Bedingungen ein Übel, nicht aber unter marktwirtschaftlichen!

Im Wirtschaftsteil der HAZ vom 14. 10. 2017 lautet ein Untertitel „Niedersächsische Firmen fordern mehr Zuschüsse zur Weiterbildung“. Die Aussage ist ordnungspolitisch falsch. Wenn Unternehmen in die Weiterbildung investieren, müssen die Kosten natürlich steuerlich geltend gemacht werden können. Aber grundsätzlich muss gelten, dass die Kosten der Weiterbildung, von denen beglichen werden müssen, die davon einen Nutzen haben. Wenn ein Arbeitnehmer sich für eine andere oder für eine anspruchsvollere Tätigkeit qualifiziert, dann müssen die Kosten dafür über einen höheren Lohn danach wieder hereinkommen oder der Lohn bleibt gleich und der Arbeitgeber übernimmt die Kosten.

Grundsätzlich müssen berufliche und schulische Bildungsgänge in gleicher Weise finanziert werden, weil sonst Ungerechtigkeiten nicht vermieden werden können. Und Ungerechtigkeiten setzen den verfassungsrechtlichen Gleichheitsgrundsatz außer Kraft.

Wenn heute beklagt wird, dass in der beruflichen Ausbildung die Lehrlinge (Azubis) fehlen, dann sehe ich dafür vier Gründe:

1. Aus vielen Berufsausbildungen ist ein Studiengang an der Fachhochschule gemacht worden, deren Kosten dem allgemeinen Steuerzahler aufgebürdet werden und mit deren Ansehen und Beliebtheit das duale System nicht mithalten kann.
2. Das duale Berufsbildungssystem (das oft ein triales System ist) kann aufgrund der Spezialisierung und Größe der Ausbildungsbetriebe gar nicht die versprochene Qualität der Ausbildung einhalten.

3. Die Aussicht, sich heute als Handwerker oder Kaufmann selbständig zu machen, ist schlecht und jene, als Teilhaber oder Mitgesellschafter eines Unternehmens tätig werden zu können, sind nicht besser.
4. Sozialstandards, die in Großbetrieben leicht in Anspruch genommen werden können, wie z. B. einen Bildungsurlaub nehmen oder eine leichtere Krankheit zu Hause auskurieren zu können, verursachen in den kleinen Ausbildungsbetrieben durch die Rücksichtnahme auf die kleine Zahl von Kollegen leicht ein schlechtes Gewissen. (Die Wirkung der sozialen Kontrolle ist in Kleinbetrieben größer als in Großbetrieben. Und wer lässt sich schon gerne kontrollieren?)

Natürlich gibt es hier Auswege aus der Falle, in der dieser Ausbildungsgang steckt, das Handwerk, der Handel und die Dienstleister müssen sie nur gestalten und gehen.

Noch eine **Anmerkung zu Bildungsinhalten:**

Es ist ja zu beobachten, dass oft Träger von Spezialwissen – sei es als Lehrende oder als Anwender – darauf hinweisen, dass es wichtig wäre, die Inhalte ihres Fachbereiches in den Ausbildungsplänen für allgemeinbildende und berufliche Schulen und in Studiengängen mehr zu berücksichtigen. Das überfordert Schulen und Lehrende und hat in der Regel zur Folge, dass das meiste vermittelte Wissen in der Berufsarbeit und im Privatleben nicht verwendet wird und verblasst. Ich möchte trotzdem eine Lanze brechen für das Bildungsbemühen, von der in der HAZ am 20. und 24. 10. 2017 Oktober berichtet wurde:

Ein Ausschnitt vom Bericht vom 24. Oktober:

Reden wir über Geld!

HAZ, Hannoversche Volksbank und Union Investment laden erstmalig zu den „Finanzbildungstagen“ Von Jan Sedelies

Unkonventionelle Unternehmer: Bitcoin-Experte Ricardo Rivero (von links) und „love.it.healthy“-Chefin Alina Zimmermann berichten Schülern von ihren Erfahrungen, Börsenfachmann Markus Gürne spricht im Pressehaus über Vermögensbildung in unsicheren Zeiten.

Ein Twitter-Eintrag der damals 17-jährigen Kölner Schülerin Naina sorgte 2015 für Unruhe in manchen Büros findiger Finanzstrategen. „Ich bin fast 18 und habe keine Ahnung von Steuern, Miete und Versicherungen. Aber ich kann 'ne Gedichtanalyse schreiben. In vier Sprachen“, schrieb sie damals. Sie ist kein Einzelfall, wie Studien von Marktforschungsinstituten wie Emnid zeigen. Jeder fünfte Lehrer bewertet das Wissen über Geld und Finanzen in der Bevölkerung als mangelhaft und ungenügend. Insgesamt halten auch nur 11 Prozent der Bevölkerung Finanzbildung für wichtig – Finanzexperten

sind besorgt. Denn gerade im Bereich Versicherungen, Altersvorsorge und Geldanlagen wünschen sich die Menschen mehr Wissen. ...

Und jetzt ein Ausschnitt aus dem Bericht vom 24. 10. 2017:

Eine Frage des Geldes

Bei den Finanzbildungstagen lernen 200 Schüler viel über Börse, Kaufkraft und Zinsen

Von Jan Sedelies

Etwa 2000 Jahre vor Christus hatte die Menschheit weder Geld noch Kreditkarte. Man nutzte Muscheln, Zähne und Kakaobohnen als Tauschmittel. Später kamen Gold, Silber und Kupfer dazu. 600 vor Christus erfand man schließlich in der heutigen Türkei in Lydien die ersten Münzen. Heute diskutiert die Finanzwelt über den Nutzen digitaler Währungen wie Bitcoins.

Doch gleichzeitig zeigen Studien von Marktforschungsinstituten wie Emnid auf, dass immer weniger Menschen sich mit dem Finanzwesen überhaupt auskennen. Genau darum luden gestern die Hannoversche Volksbank, Union Investment und die HAZ zu den ersten Finanzbildungstagen ins hannoversche Pressehaus ein.

Insgesamt 200 Schüler aus der Region Hannover lernten an verschiedenen Stationen die Funktionen der Börse kennen, diskutierten über Kaufkraftentwicklung und analysierten gemeinsam den Wirtschaftsteil der Tageszeitung. „Seit 2009 liegen die Sparzinsen unter der Inflationsrate“, erklärte Herbert Pannwitz von Union Investment. „Mit unseren Modellen erklären wir Schülern, dass man sich um sein Vermögen auch kümmern muss.“

Das Geld ist nach unserer Sprache für uns Menschen der Jetztzeit das wichtigste Kommunikationsmittel. Ohne Geld wäre eine arbeitsteilige Wirtschaft nicht möglich und ohne Arbeitsteilung würden wir uns gegenseitig umbringen und vielleicht sogar fressen, weil der Hunger uns dazu zwingen würde. Silvio Gesell schreibt deshalb berechtigt:

Die Währung hält den Staat zusammen oder sprengt ihn - je nachdem. Wird hier gepfuscht, so löst er sich in kleinste Teile auf, in Atome, die sich gegenseitig abstoßen. Stadt gegen Land, Beruf gegen Beruf, Volksstamm gegen Volksstamm, Norden gegen Süden, Gläubiger gegen Schuldner, Festbesoldete gegen Lohnarbeiter, bis schließlich Arbeiterbataillone gegen Arbeiterbataillone marschieren.

(Aus: An die Überlebenden, Hrsg. Friedrich Salzmann, Bern 1945, S. 60)

Es ist aber nicht nur wichtig, das Geld als Zahlungsmittel in seinen verschiedenen Formen, als Mittel zur Bewertung von Gütern und als Vorsorgemittel zu verstehen, sondern auch die Wirkungen, die es volkswirtschaftlich und international hat. Es ist nämlich ein Irrtum, wenn das Geld als neutrales Tauschmittel betrachtet wird. Mit der Art des Geldes und seiner Hand-

habung hängt sowohl die Preisniveaustabilität, die Konjunktur und die Vermögensverteilung zusammen. Es ist erfreulich, dass in dem zweiten Bericht auf die Geschichte des Geldes eingegangen wird. Noch erfreulicher wäre, wenn die Aufklärer auf die dem jetzigen Geld anhängenden unerwünschten Wirkungen eingehen würden. Aber davon wissen meistens nicht einmal Bankkaufleute zu berichten. Ich schätze, dass bei einer Umfrage unter den Mitgliedern des Bundestages als Antwort auf die Frage, was Geld ist, nur wenige eine richtige präzise Antworten geben könnten. Und die Richtigkeit der Antworten würden gleich wieder streitig gemacht werden. Das liegt daran, dass es zum Geld eine heillose Begriffsverwirrung gibt. Wenn der Bundestag mit diesem unklaren Geldbegriff arbeitet, dann ist das so, als wenn ein Architekt mit einem variablen Maß arbeitet – womit einmal ein Zoll, dann ein Fuß oder ein andermal ein Meter gemeint ist, ohne dass die Maßeinheiten angegeben werden. Dass hier eine bessere Bildung lebensnotwendig ist, sollte doch leicht einsehbar sein, die Geschichte und das Tagesgeschehen lehren aber, dass es das nicht ist. Die Gefahr besteht, dass zum zweiten Mal eine deutsche Republik zugrunde geht.^{26 27}

Ich komme zum Punkt 9: **Bezahlbaren Wohnraum schaffen**

Wenn die ökonomischen Probleme mit dem Boden, dem Geld und der Konjunktur gelöst sind, ist auch das Wohnraumproblem gelöst. Den Wohnraum für einen bestimmten Nutzerkreis zu subventionieren, schafft nur mehr Bürokratie und neue Ungerechtigkeiten, löst aber nicht das Problem auf.

Ich komme zum Punkt 10: **Krankenkassen reformieren**

Für dieses Stichwort übernehme ich doch den Text der HAZ vom 23. Oktober, Seite 3, der mit köp gezeichnet ist.

Die Gesundheitsversorgung in Deutschland entwickelt sich zur Zwei-Klassen-Gesellschaft. Kosten und Beiträge explodieren. Doch während gesetzlich Versicherte monatelange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen, um

²⁶ Wenn man die DDR mitrechnet, muss es das dritte Mal heißen.

²⁷ Ich habe noch vor mir liegen ein interessantes Interview von Marina Korbaki in der HAZ vom 25. August 2017 mit Prof. Stefan Kooths über die Zentralbanken. Dieses Interview hier zu diskutieren, wäre inhaltlich angebracht, würde aber zu umfangreich werden.

einen Termin beim Facharzt zu ergattern, wird Privatversicherten sofort der rote Teppich ausgerollt.

Das Nebeneinander von gesetzlicher Krankenkasse und privater Krankenversicherung ist ein Anachronismus. Es birgt die Gefahr der Überversorgung für Besserverdienende und ist für alle anderen ein beständiges Ärgernis. Eine Bürgerversicherung für alle könnte Abhilfe schaffen. Sie ist das Modell, das besonders von SPD, Grünen, Linkspartei und vielen Arbeitnehmerverbänden favorisiert wird. Die Bürgerversicherung soll Anreize schaffen, dass die Versorgungsqualität der Bevölkerung nicht mehr indirekt vom Einkommen der Versicherten abhängt. Befürworter versprechen sich eine gerechtere, gleichbleibende medizinische Qualität.

Eine baldige große Reform in diesem Sinne ist jedoch unwahrscheinlich. Union und FDP sind für die Beibehaltung des dualen Systems – auch weil sie fürchten, dass eine Einheitsversicherung mit individuellen Zusatzversicherungen zu noch größerer Ungerechtigkeit führen würde.

Auch bei diesem Thema lege ich mir Zurückhaltung auf und beschränke mich auf das Grundsätzliche. Die Zahl der gesetzlichen Krankenkassen betrug 1970 1815 und bis zum Jahr 2017 ist diese Zahl auf 113 zusammengeschmolzen. Ein Apotheker sagte mir neulich, dass man die Krankenkassen auch alle zusammenlegen könnten, da ihnen sowieso alles vom Gesetzgeber vorgeschrieben würde. Kleine Unterschiede wird es wohl noch geben, sonst hätte ihre Selbstverwaltung ja keinen Sinn mehr. Auf der Internetseite des Spitzenverbandes der Gesetzlichen Krankenkassen ist zu lesen ²⁸:

In Deutschland werden rund 70 Millionen Versicherte von einer gesetzlichen Krankenkasse versorgt. Das entspricht rund 90 Prozent der Bevölkerung.

Die gesetzlichen Krankenkassen sind als Körperschaften des öffentlichen Rechts finanziell und organisatorisch unabhängig. Sie führen die ihnen staatlich zugewiesenen Aufgaben eigenverantwortlich durch.

Die Privaten Krankenkassen in denen (wenn alle bei einer Krankenkasse versichert sind) 10% der Bevölkerung versichert sind, sind keine ungesetzlichen Krankenkassen, sondern wie die große Mehrheit der Krankenkassen keine Körperschaften des Öffentlichen Rechts sondern privatrechtliche Gesellschaften. Soweit sie Kapitalgesellschaften sind, stehen sie unter dem Druck, rentabel zu sein. Private Krankenkassen gibt es auch in der Rechtsform des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (WaG). ²⁹

28 https://www.gkv-spitzenverband.de/krankenversicherung/kv_grundprinzipien/alle_gesetzlichen_krankenkassen/alle_gesetzlichen_krankenkassen.jsp

29 http://www.versicherung-vergleiche.de/private_krankenversicherung/traeger.htm

Und dann gibt es noch das Modell der Bürgerversicherung, das schon in dem Beitrag der HAZ erwähnt wird. In einem Beitrag von Helge Sodan mit dem Titel > Die „Bürgerversicherung“ als Bürgerzwangsversicherung < heißt es einleitend dazu:

Es gibt Wortschöpfungen, die so wohlklingend sind, dass sie bei Lesern und Hörern sofort positive Assoziationen hervorrufen. Das Rezept ist einfach: Man nehme zwei Begriffe wie „Bürger“ und „Versicherung“, die allen vertraut sind und jeweils einen unzweifelhaft positiven Inhalt haben, vereinige sie in einem neuen Wort zur „Bürgerversicherung“, appelliere dabei an ein Gleichheitsgefühl, nutze die schwere Krise, in der sich die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) in Deutschland seit langem befindet, und verheiße den Menschen, nunmehr werde alles gut in dieser unserer Sozialversicherung. Wer wollte sich diesem schönen Traum von einer finanziell gesunden Sozialversicherung, in der endlich die gesamte Bevölkerung in Deutschland und damit auch die vermeintlichen „Entsolidarisierer“ einbezogen würden, in den Weg stellen? ... ³⁰

Erreichen will man mit der Bürgerversicherung, dass die Versicherungspflichtgrenze oder die Beitragsbemessungsgrenze ³¹ aufgehoben wird und alle Bürger gezwungen werden, in diese Krankenkasse einzutreten. Beim Beitrag sollen auch sonstige Einkommen, das sind wohl vor allem Kapitalerträge, einbezogen werden. Wenn die Bürgerversicherung durchgesetzt wird, hat sie den Bestandteil „Versicherung“ in ihrem Namen nicht verdient. Bei einer Versicherung gilt nämlich das Prinzip, das die Höhe des Beitrages der Höhe des Risikos entspricht. Das jetzige System der gesetzlichen Krankenversicherung ist schon jetzt – ordnungspolitisch gesehen – ein Instrument der Zentralverwaltungswirtschaft³², seine Erweiterung im Rahmen der Bürgerversicherung wäre eine Komplettierung in diesem System. Das kann man wollen und machen, aber man muss dann auch klar sagen, dass man hier bewusst einen anti-marktwirtschaftlichen und einen anti-wettbewerblichen Kurs fährt. Mit der Einführung der Bürgerversicherung hätte sich auch hier das zentralistische (umgangssprachlich: das kommunistische) Prinzip ganz durchgesetzt und es liegt der Verdacht nahe, dass die Befürworter glauben, hier ein Instrument zu haben, um die kapitalistische Einkommensverteilung etwas ent-

30 https://www.uni-trier.de/fileadmin/fb5/inst/IRP/Bitburger_Gespraech_e_Einzeldokumente/BitburgerGespr_2004_II_Sodann_33_48_geschuetzt.pdf

31 Das weiß ich jetzt nicht genau und habe es auch nicht überprüft, weil es für meine Aussagen keine Rolle spielt.

32 Die Meldung vom 27. 10. 17 in der HAZ bestätigt die Klassifizierung:
„**Berlin.** Gesetzlich Krankenversicherte können im kommenden Jahr auf eine leichte Senkung der Beiträge hoffen. Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) hat den durchschnittlichen Zusatzbeitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) für 2018 auf 1,0 Prozent festgelegt – derzeit liegt er noch bei 1,1 Prozent. ... „

gegenzuwirken. Das ist aber ein Ansatz, der weder die Einkommensverteilung noch die Probleme der Krankenkassen lösen kann.

Der ganze Lösungsansatz gibt unnötigerweise und ohne Aussicht auf Erfolg die Wahlfreiheit und den Wettbewerb als Instrumente der Optimierung auf, ohne die Situation der Krankenkassen bzw. der Zwangsversicherten zu verbessern. Das Zwangsmitglied wird noch mehr als es ohnehin schon ist, reines Objekt der Sozialpolitiker und der Verbandsfunktionäre, das weder über die Kosten noch über die Leistungen mitzureden hat. Es erfährt nicht einmal, welche Leistungen zu welchen Kosten sein Arzt mit seiner Krankenkasse abrechnet. Das ist eine Einladung zum Abrechnungsbetrug. Das Vollkasko-System führt in Verbindung mit den hohen Beiträgen bei den Mitgliedern der Kasse dazu, dass man die Kassen möglichst viel in Anspruch nimmt, um einen Ausgleich für den hohen Krankenkassenbeitrag zu erhalten. Das System schließt unterschiedliche Schutzbedürfnisse und unterschiedliche individuelle Risiken zu unterschiedlichen Preisen aus. Menschen, die gesundheitsbewusst leben, müssen genauso viel zahlen, wie jene, die sich hohen gesundheitlichen Risiken aussetzen. Auch die Frage, ob jedes Medikament und jede Behandlungsmethode ohne Rücksicht auf die Kosten bezahlt werden muss, lässt sich in einem Einheitstarif nicht zufriedenstellend beantworten. Die Einheitskasse kann die Spannungen, die durch unterschiedliche Bedürfnisse und Lebenshaltungen entstehen nicht durch unterschiedliche Tarife ausgleichen und trägt so den Spaltungspilz in sich, weil sich Teile des Versicherungskollektivs wie eine Gans ausgenommen fühlen. Ein Gefühl, das wir heute in manchen Regionen erleben, die sich von der Zentralregierung ausgenommen fühlen. Die Frage ist, was treibt die Befürworter der Bürgerversicherung an, alle Bürger in ein Prokrustesbett³³ legen zu wollen.

Siehe zum Thema auch meinen Offenen Brief an die AOK vom 28. 3. 1998 im Anhang zu Agenda Niedersachsen 2001 ab Seite A -26- unter:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/18.2.1%20Agenda%20N.%20Teil%20I%20Anhang%20S.%201-52%20Form%208.06.pdf>

- Ende TA-

33Als *Prokrustesbett* oder *Bett des Prokrustes* bezeichnet man redensartlich eine Form oder ein Schema, wohin etwas gezwungen wird, das dort eigentlich nicht hineinpasst.

<https://de.wikipedia.org/wiki/Prokrustes>